

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagiatvorchriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Ueber 260 fraß der Dämon!

Noch sind die Wunden, die Neurode dem deutschen Bergvolk schlug, nicht vernarbt, und schon wieder schritt gräßliche Trauerkunde durchs Land.

Dynamitexplosion auf Anna II in Ulsdorf! — 20 Tote, 50 Tote, 100 Tote! Ueber 200 Tote? So jagten sich die Nachrichten am 20. und 21. Oktober. Furchtbar das Unglück, furchtbar die Zerstörungen! Mit der gewohnten Opferfreudigkeit ging es nach Ueberwindung der ersten Schrecken an die Bergungsarbeiten, an denen sich Belegschaftsmitglieder, Feuerwehrleute, Arbeiterkameraden und dann die ausgebildeten Rettungskolonnen von Einfeld und Rhein-Elbe beteiligten. Wunder von Tapferkeit und Todesverachtender Kameradschaftlichkeit wurden geleistet. Tagelang kamen Grubenbeamte, Grubekontrolleure, Kameraden nicht aus der Grubenkleidung, bis es nicht mehr ging oder bis alle Erreichbaren geborgen waren.

Sollen wir an dieser Stelle Einzelheiten berichten von dem grauenhaften Ende hunderter Bergknappen, von entsetzlicher Flucht Ueberlebender? Zerschlagen und gräßlich zerfetzt oder verbrannt, erstickt in giftigen Schwaden, so lagen am 23. Oktober an 250 Knappen in dem als Leichenhalle hergerichteten Salzlager, als man die Angehörigen zuließ. Keine Feder ist imstande, die Szenen zu schildern, die sich hier abspielten. Und 60 von den Aufgebahten waren noch nicht erkannt! Noch immer war die genaue Zahl der Vermissten unsicher, da mit der Zertrümmerung der Gebäude die Kartothek der Beschäftigten noch unerreichbar war. Erst am 24. Oktober gelang es, die Kartothek vollständig zu bergen, so daß danach genauere Feststellungen getroffen werden können.

Herzzerrend war es, tagelang die jammernden, verzweifelt wartenden Hinterbliebenen zu sehen, diese jammernd, klagend, verzweifelt schreiend und schluchzend, jene in Schmerz erstarrt! Und in diese Ansammlung Verzweifelter hinein eine kleine kommunistische Demonstration mit Sowjetfahnen, die Einlaß in das Hauptgebäude verlangte und von der Polizei zurückgedrängt werden mußte, während zuschauende Witwen in Weinträmpfe fielen! Auch diese „Demonstration“ war ein unvergeßliches Bild! Hoffentlich bleibt sie den Veranstaltern nicht vergessen!

263 Tote zählt man am Beerdigungstage, an dem wir diese Zeilen schreiben. Welche Unsumme von Grauen, welche Not und Verzweiflung der Hinterbliebenen verrät diese Zahl! Das Mitleid der ganzen Welt wendet sich den Opfern und Hinterbliebenen zu. Zahllos sind die Beileidsbezeugungen, die unser Verband in Mägen und die Zentrale in Bochum erhielt. Führende Kameraden aus Holland und Belgien eilten an die Unglücksstätte und noch viel mehr nahmen an der Beerdigung teil.

Herr Reichsarbeitsminister Stegerwald spricht im Augenblick dieser Niederschrift bei der offiziellen Trauerfeier. Ihn sollte man nicht mahnen brauchen, echten Trauermorten soziale Tat folgen zu lassen. Aber gegen manche, die mit ihm in der Reichsregierung sitzen, gegen noch mehr, die von draußen diese Regierung zu reaktionärer Tat, zu Lohnabbau, Verweigerung von Arbeitszeitverkürzung, ja zur Arbeitszeitverlängerung hegen, sollte und mußte uns dieser aus christlichen Gewerkschaftskreisen stammende Reichsarbeitsminister Bundesgenosse sein!

Und wenn auch uns gegenüber die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ großes Geschwätz aufführt, wie sie das sozialdemokratischen Blättern gegenüber tat, die an die 14 Proz. Dividende der Unglücks-Gesellschaft erinnerte: Auch wir stellen fest:

Die Urbed (Luxemburg), der der Eschweiler Bergwerksverein zu 90 oder mehr Prozent gehört, erzielte im ersten Halbjahr 1930 133 Millionen Frank Rohgewinn, während dieser im ganzen Jahr 1929 235 Millionen betrug. Auch wir stellen fest, daß die „Bergwerks-Zeitung“ schrieb:

„Auf die Dividende der Gesellschaft dürfte das Unglück ohne Einfluß bleiben, da auf Grund des Interessengemeinschaftsvertrages mit der Urbed bis zum Jahre 1942 eine 14prozentige Dividende garantiert wird.“

14 Prozent Dividende sind garantiert! Man war sicher, sie aus der Arbeit der Kumpels des Esch-

weiler Bergwerksvereins heraus — holen zu können! Es ist wahrlich schwer, anlässlich solcher Vorgänge ruhig zu bleiben statt mit dem dicken Hammer dreinzuschlagen!

Aber wir begnügen uns damit, heute unseren Kameraden die Mahnung zuzurufen: Auch eure Schuld ist es, wenn eurer Körper und Geist zermürbenden Arbeit, eurer Arbeit im täglichen Totenhemd nicht die Würdigung, nicht der Lohn, nicht die Freizeit wird, die ihr gebührt!

Und alle anderen warnen wir: Treibt nicht Schindluder mit der sprichwörtlich gewordenen Geduld des deutschen Bergmanns! Eure Mechanisierung und Rationalisierung, euer Profitstreben, eure Kapitalbildungsmänien laden schwere, fast untragbare Last auf die Schultern des Knappen. Sperrt euch nicht, wenn er Erleichterung verlangt! Aus dem geduldigen Lastträger könnte sehr bald ein rächender Hercules werden!

Wir zweifeln nicht daran, daß alle Beteiligten und Verantwortlichen den ernststen Willen gehabt haben, vorbeugend zu wirken. Dazu gehört aber nicht nur Einsetzung von Wissenschaft und Technik gegen Grubengefahren, sondern auch Besserung der Arbeitsverhältnisse, Beseitigung direkter und indirekter Antreiberei, welche die Grubengefahr unendlich vergrößert!

Die Unglücksgrube Anna II

gehört dem Eschweiler Bergwerksverein, der von den neun Werken im Ruhrrevier sechs besitzt. Von Anna II ist der Eduardschacht der Unglückschacht. Er war ein einziger Förderer, während der ältere Wilhelmschacht nur Wetterer, ohne Förderung ist. Die Gesamtbelegschaft beträgt über 6000, davon auf Anna II erheblich über 2000, wovon in der betreffenden Morgenschicht unter Tage etwa 700 beschäftigt waren.

Die Ursachen des Unglücks.

Ueber die Ursachen und die Auswirkungen des Unglücks hat die Tagespresse so viele widersprechende, zum Teil falsche Angaben gemacht, daß wir uns veranlaßt sehen, eine Sachdarstellung zu geben, die nach unserer Meinung so objektiv wie möglich ist.

Viele Augenzeugen bekundeten, daß aus dem Schacht die Explosionsflamme kerzengerade gegen den

Ein Funke springt...

In langen Reihen liegen stumm
Zweihundertsechzig Knappen.
Der schwarze Tod geht wieder um
Im Tief der Grubensappen.

Zermalmt, zerfetzt, erdrückt, verbrannt
Liegt Vater, Sohn und Gatte,
Der eben noch in seiner Hand
Die Hand der Seinen hatte.

So viele Waisen klagen an,
So viele Mütter, Frauen.
Bevor der Tod den Tanz begann,
Ging Vorsicht aus den Bauen.

Die Jagd nach Kohlen ohne Maß
Läßt jede Vorsicht missen.
Ein Funke springt in Staub und Gas
Und donnert ins Gewissen.

Zermalmt, erdrückt, verbrannt, zerfetzt
Liegt eine Schar der Werker.
Trotzdem: der Lohn wird schmal gesetzt,
Trotzdem: die Jagd wird stärker.

Victor Kalinowski.

Himmel schöß, begleitet von einer dicken schwarzen Rauchwolke. Mit dieser Erscheinung war ein scharfer Knall verbunden, dann neigte sich das Schachtgerüst langsam zur Erde in gegenseitiger Richtung zur Stützstrebe. Wie aus unserem Bilde zu ersehen, war der Schacht mit Mauern und Gebäuden umgeben. Die aus mehreren Etagen bestehende Hängebank hatte nach den Seiten mehrere Ausgänge, auch waren die üblichen Vergasungen vorhanden. Sonst war aber das Schachtgerüst verhältnismäßig stark zwischen Mauern eingeschlossen. Die Explosionswirkung wurden. Nach der Südseite war das Mauerwerk besonders stark, die Luftwelle wandte sich deshalb stark nach der Nordseite, wo sie freieren Abzug hatte. Auf dieser Seite wurden viele Wohngebäude stark beschädigt, eine Anzahl Dächer abgedeckt und viele Fenster zertrümmert. Die Schachtanlage und die Umgebung sahen aus, als sei eine Sprengstofffabrik explodiert.

Die Explosionserscheinungen ließen zunächst den berechtigten Gedanken auftauchen, daß auf der 250-Metersohle eine Explosion des Hauptsprengstofflagers stattgefunden habe. Wir bemerken ausdrücklich, daß der erste Eindruck war, daß die Explosion von unten kam. In das Hauptsprengstofflager auf der 250-Metersohle waren einige Tage zuvor 5000 Kilo Sprengstoffe eingeliefert worden, das ist etwa ein Monatsbedarf. Auf der 360- und 460-Metersohle waren Ausgabedepots vorhanden, die ihren Bedarf aus dem Hauptlager empfangen.

Erst später, nachdem festgestellt war, daß die Sprengstofflager nicht explodiert waren, kam die Vermutung auf, daß es sich um eine Benzin- oder Benzolexplosion handle. In einem an den Schacht angrenzenden Gebäude befand sich ein Benzintank mit 150 Liter Inhalt, aus dem die vorhandenen Benzinlampen für Steiger, Wettermänner, Schiebhauer usw. gefüllt wurden. Ein größerer Benzintank, der früher zur Versorgung aller Belegschaftslampen gedient hatte, wird seit Einführung der elektrischen Lampen im Jahre 1927 nicht mehr benutzt. Weil das Gebäude zerstört war, konnte man zunächst an diesen Benzintank nicht herantreten. Sachverständige hatten bereits ausgerechnet, daß diese Benzinmenge, wenn sie ausgegelaufen und zu Gas verdunstet wäre, eine solche Gewalt hätte entwickeln können, um die Zerstörungen hervorzurufen. Die Berechtigung dieser Ansicht darf aber bezweifelt werden.

Seitens der Grubenvertreter wurde die Ansicht geäußert, daß die Explosion von oben her in die Grube hineingeschlagen sei und dort weitere Explosionen ausgelöst hätte. Nachdem aber festgestellt war, daß der Benzintank unversehrt geblieben ist, gab es für eine Explosion über Tage als Ursache keinen Raum mehr.

Ungefähr 100 Meter vom Schacht befand sich ein Benzollager zur Speisung der acht unterirdischen Benzol-Lokomotiven. Mit zwei Tankwagen wurde dieses Benzol den Lokomotiven unter Tage zugeführt. Die acht Benzol-Lokomotiven liefen auf der 360-Metersohle. Auf dieser Sohle wurden im Lokomotivschuppen die beiden Tankwagen unverfehrt vorgefunden.

Von den acht Benzol-Lokomotiven wurden bei der Untersuchung bis zum 24. Oktober nur sieben vorgefunden. Man vermutet, daß die achte Lokomotive unter einem großen Bruch unweit des Lokomotivschuppens liegt. Nachdem eine Explosion von Sprengstoffen, Benzin oder Benzol ausgescheidet, bleibt nur die Annahme einer Schlagwetter- und Kohlenstaubezpllosion übrig.

Sachverständige halten den Kohlenstaub auf dieser Anlage für „ungefährlich“, d. h., er kann durch geringere Schlagwetterexplosionen oder Schüsse nicht entzündet werden. Erfahrene Praktiker dagegen sagen, daß es ungefährlichen Kohlenstaub überhaupt nicht gibt. Se nachdem sich eine Explosion entwickelt, wird auch schwerer entzündlicher Kohlenstaub ohne Zweifel zur Explosion gebracht. Es steht für uns außer Zweifel, daß in dem vorliegenden Falle eine starke Kohlenstaubezpllosion zusammen mit Schlagwetter gewirkt hat. Hitze und Flammenwirkung waren so stark wie selten bei einer Explosion. Es wurden in der Grube mehrere Brände ausgelöst. Auf der 460-Metersohle haben Kohlenwagen gebrannt. Außerdem zeigten Zimmerungen auf der 360- und 460-Metersohle an verschiedenen Stellen

Brandspuren. Verkohlte Kleider und verbranntes Papier fanden sich vielfach.

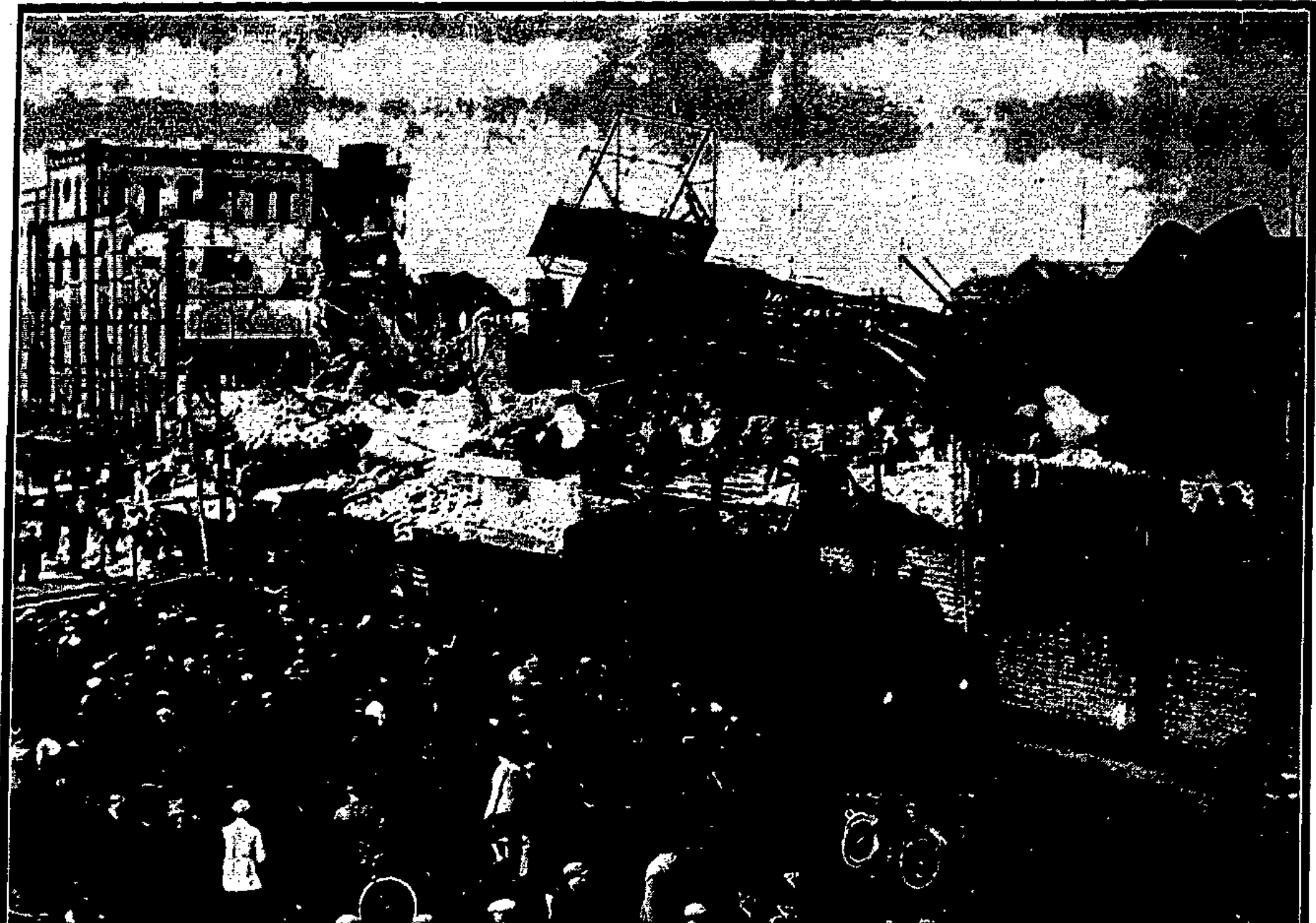
Der Ansicht folgend, daß der Kohlenstaub „ungefährlich“ sei, hat man das Gesteinstaubverfahren nur in geringem Umfange durchgeführt. Diese Halbheit dürfte für die Größe des Unglücks eine entscheidende Rolle spielen.

Der Entstehungsherd des Unglücks war bis zum 24. Oktober noch nicht festgestellt. Auf alle Fälle ist er nach Ansicht der Praktiker in der Grube zu suchen. Viele Anzeichen sprechen aber dafür, daß die Explosion vom Schacht aus in die Baue hineingeschlagen hat, nur in der östlichen Richtstrecke auf der 360-Metersohle erscheint das zweifelhaft. Hier hat die Explosion am weitesten vom Schacht aus gewirkt und die zum Revier 10 führenden Strecken und Querschläge so stark zu Bruch geschlagen, wie man das selten bei einer Explosion findet. Dieses mehr als ein Kilometer vom Schacht liegende Revier hat auch unzweifelhaft unter starker Flammenwirkung zu leiden gehabt.

Die Untersuchungsorgane werden gut tun, Feststellungen zu treffen, ob nicht zwischen den Sohlen Verbindungen zu alten Grubenbauen bestehen!

Es ist ferner bekannt, daß Benzollokomotiven besonders bei Leerlauf starke Funken aus dem Auspuff schleudern.

Explosionen haben eigene ungeschriebene Gesetze, die leider noch sehr unbekannt sind. Viele Erfahrungen haben aber Fingerzeige gegeben, die uns hoffen lassen, der Erklärung der Explosionsursache näher zu kommen. In dem vorliegenden Falle müssen wir annehmen, daß zunächst Schlagwetter entzündet wurden, die dann den Kohlenstaub mit zur Explosion brachten. Mit Ausnahme des Reviers 10 spielten sich die Hauptexplosionsvorgänge auf allen Sohlen um den Schacht herum ab. Die Mutmaßung, daß die Explosion aus der Grube zum Schacht herausgeschlagen sei, ist nach unserer Auffassung das Nächstliegende. Die furchtbaren Verwüstungen über Tage könnten den Gedanken aufkommen lassen, daß eine unterirdische Explosion solche Verwüstungen nicht anrichten könne. Nach unserer Ansicht hat aber gerade diese Explosion den Beweis geliefert, daß dies doch möglich sei. Der Hergang könnte folgender ge-



Zerstörte Anlage, aufgenommen von derselben Stelle wie das unzerstörte Bild.



Die Schachtanlage vor dem Unglück.

wesen sein: Die unten in den ausgedehnten Grubenbauen entstandene Explosion war sehr stark. Sie fand in den weiter zurückliegenden Grubenbauen einen Widerstand am Luftpolster und richtete sich dann mit voller Wucht nach oben, Kohlenstaub und Schlagwetter vor sich hertreibend. Oben kamen große Mengen Kohlenstaub auf der Hängebant hinzu, wodurch eine Verstärkung der Explosionskraft eintrat. Durch den Sauerstoff der Außenluft wurde die Explosionskraft ungemein verstärkt, so daß die Zerstörungen über Tage erklärlich erscheinen.

Der Eduardschacht selbst ist bis zur Oberfläche wenig zerstört worden. Nach der Explosion haben sich sogar in diesem Schacht einige Leute über die Fahrten gerettet. Sie gelangten bis nahe an die Oberfläche, wo sie durch Trümmer aufgehalten wurden. Durch ein Loch wurden sie von Feuerwehrleuten an Seilen hochgezogen. Die Tatsache, daß der moderne Schacht selbst wenig gelitten hat, spricht aber nicht gegen unsere Auffassung von dem Unglück.

Auf der Unglücksgrube sind ohne Zweifel wie auf vielen anderen Gruben Hohlräume in alten Bauen vorhanden, in denen sich naturgemäß Schlagwetter ansammeln. Die Stärke der Explosion hat sicherlich alle alten Löcher durchgeblasen und die dort aufgestauten Schlagwetter mit herausgetrieben.

Die Auswirkung der Explosion steht in der Geschichte des internationalen Bergbaues einzig da. Ein ähnliches Unglück ereignete sich 1920 in der Tschechoslowakei. Damals wurde das Fördergerüst des Gabriele-Schachtes umgelegt, die Verwüstungen aber waren bei weitem nicht so schlimm wie in diesem Falle.

1917 ereignete sich auf der Schwesteranlage Anna I ein großes Unglück, wobei 59 Bergleute den Tod fanden. Damals explodierte eine Benzollokomotive und setzte den Hauptquerschlag in Brand. Die Belegschaft der dahinterliegenden Steigerrviere glaubte zunächst, daß es sich um den üblichen Qualm der Benzollokomotive handle. Als die Leute merkten, daß es sich doch um etwas anderes handeln müsse, war es bereits zu spät. Die Bauen waren derart mit Brandgasen und Kohlenoxyd durchsetzt, daß die Flucht unmöglich wurde. Die Kameraden erstickten restlos, zum Teil vor der Arbeit, zum Teil auf dem Fluchtweg.



Sprechmänner und Fachmänner.

Auf die oft falschen, vielfach verrückten Meldungen der Tagespresse wollen wir hier nicht eingehen. Aber einige Sprech- und Fachmänner wollen wir doch erwähnen. Unsere Kameraden Engelhardt, Schudn und Limberk, die an Befahrungen teilnahmen, lehnen „Interviews“ ab, da zur Zeit Abschließendes noch nicht zu sagen war. Sobotka, dem wir natürlich Sachkenntnis nicht absprechen, gab verfrühte Deutungen des Unglücks. Daß die betreffenden Zeitungen ihn als „Grubensicherheitsbeamten beim Oberbergamt Dortmund“ bezeichneten, ist wohl auch nicht seine Schuld. Seine den Pressevertretern gegenüber ausgesprochene Meinung, daß es sich um eine Schlagwetterexplosion handle, trifft zu. Er jagte aber weiter, daß durch die im Innern der Grube erfolgte Schlagwetterexplosion sich oben am Schacht ein zweiter Explosionsherd gebildet habe. Welche explosiven Stoffe dort oben am Schacht gelagert worden seien, könne er nicht ermessen und feststellen. Jedoch nehme er mit Sicherheit an, daß dort unbedingt solche gefährlichen Herde vorhanden gewesen sein

müssen. Es habe sich also nach seiner Meinung zuerst ein schlagendes Wetter gebildet und dieses habe sich durch Stichflammen den Schacht hinauf fortgepflanzt und dort oben eine Lagernde Menge Munition oder sonstige Stoffe entzündet, wodurch dann die große Zerstörung an der Oberfläche geschehen sei. Diese Meinung scheint uns verfehlt.

Interessanter ist der „Fachmann“, der sich in der „Rhein-Westf. Ztg.“ ausschleimte. Im Wurmrevier kennt man für untüchtige Bergleute die Bezeichnung „Lehmhauer“. Einen solchen Lehmhauer aus Dortmund scheint sich die „Rhein-Westf. Ztg.“ als Fachmann herangeholt zu haben. Er ermahnt selbst gegenüber tendenziösen Pressemeldungen zur Sachlichkeit, zur Vorsicht bei Erklärungsversuchen des Unglücks. Dann aber fördert er den größten Unsinn zutage. Nach am 23. Oktober faßelt er in der Ueberschrift von einer Explosion über Tage. Er behauptet, daß die Eschweiler Gruben nicht schlagwetterreich seien. Darüber kann man streiten, aber diese Explosion war doch nicht die erste im Wurmrevier und auch Grub: Anna war nicht schlagwetterfrei. Der Fachmann entdeckt dann, daß eine horizontale furchtbare Energie die Gebäulichkeiten megastriert habe. Als solche Energie komme die Entzündung von Dynamit über Tage in Frage. Er hat damit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht Recht. Hätte er Recht, so hätten die Werkvertreter die Bergbehörde bei den Vernehmungen unverschämte belogen. Vielleicht nimmt die Werkvertretung Veranlassung, sich den Dortmunder Fachmann der „Rhein-Westf. Ztg.“ vorzutunpfen. Dann erzählt der Fachmann weiter, daß



Eine grausige Trümmerstätte.

die Zeche in Kohle, Lehm und Mergel arbeite. Daher wohl der Ausdruck „Lehmhauer“! Er erzählt weiter, daß die Zeche mit Sicherheitsbrennstoff arbeite, der Schlagwetter nicht leicht entzündet! Auch seien keine Strecken zu Bruch gegangen, sondern nur bei weggemachten Ausbauhölzern darüber eingebrachter Berlag sei gestürzt. Wenn man die riesenhaften Brüche gesehen hat, kann man dieser Meinung nicht sein. Koksperlen seien nicht gefunden worden. Solche Koksperlen, wie sie im Ruhrgebiet nach Explosionen gefunden werden, findet man im Wurmgebiet überhaupt nicht. Also ganz negativ war die Koksperlenjuche doch nicht. Vielleicht fragt der Fachmann danach mal den Dortmunder Fachmann Schlatmann! Die Versuche des Fachmanns der „Rhein-Westf. Ztg.“, mit Gewalt eine Uebertageexplosion zu konstruieren, scheinen uns verfehlt.



Kamerad Wilhelm Wagnuth,

Betriebsauschussmitglied, jahrelang Mitglied des Arbeiterrats, und das christliche Betriebsauschussmitglied Ruhlmann wurden im Zimmer des Betriebsrats vom Tode überrascht. Kamerad Wagnuth wurde von dem Luftdruck direkt durch das Fenster geblasen. Beide waren anwesend, weil sie den Vertreter der Bergbehörde erwarteten, der mit ihnen eine von Wagnuth eingereichte Beschwerde über Mißstände im Betrieb besprechen wollte. Es war also nicht so, wie das Dreieck „Rhein-Westf. Ztg.“ schreibt, daß der Betriebsrat zu einer der sogenannten üblichen Schreibschichten versammelt gewesen sei.

Von den übrigen Funktionären und Verbandskameraden fehlt uns heute noch eine Uebersicht.

Die Arbeitnehmer und das Regierungsprogramm.

Nicht nur wir, sondern auch Christliche und Hirsch-Dundersche sind zu dem Programm kritisch eingestellt. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat in einer Entschlieung und in einem Brief an den Reichszentraler Stellung zu dem Programm genommen, die sich in verschiedenen Punkten mit unserer Auffassung deckt. Die Bedenken und Beanstandungen sind wie folgt zusammengefaßt:

1. In der starken Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, die im Zusammenhang damit steht, daß Mittel des Reichshaushalts für die Arbeitslosenversicherung nicht mehr verwendet werden sollen, sehen die christlichen Gewerkschaften ein Abweichen davon, daß auch die Allgemeinheit mit zu den Lasten herangezogen wird. Die christlichen Gewerkschaften sind daher der Meinung, daß, soweit irgend möglich, auch aus Allgemeinmitteln eine Beihilfe für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden muß.

2. Die beabsichtigte Neuregelung der Wohnungswirtschaft läßt berechtigte Zweifel darüber aufkommen, ob auch nur derjenige Wohnungsbedarf, der als wirklich dringend und notwendig bezeichnet werden muß, diejenige Erleichterung aus öffentlichen Mitteln bekommt, die nicht nur im Interesse der Arbeitsbeschaffung, sondern auch aus sozialen und kulturellen Gründen notwendig ist. Die christlichen Gewerkschaften halten eine stärkere Bereitstellung öffentlicher Mittel für erforderlich. Auch scheint ihnen eine zu weit gehende Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, mehr noch eine alsbaldige Aufhebung derselben, bedenklich.

3. Wir würden es für gerechter halten, wenn der erst zum 1. April 1931 in Aussicht genommene Gehaltsabzug für die Beamten nicht schon ab 1. Januar 1931 wirksam würde, sondern auch eine Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten erfährt. Die gegenwärtige Notlage bedingt, daß die Beamten mit höheren Einkommensbezügen in stärkerem Maße herangezogen werden. Insbesondere fordern wir auch eine gesetzliche wesentliche Kürzung der hohen Pensionen.

4. In den vorgesehenen steuerlichen Erleichterungen für verschiedene Betriebe und Berufsschichten fehlt die Befreiung der im Sommer dieses Jahres beschlossenen besonderen Besteuerung der Genossenschaften.

5. Die Begründung des Regierungsprogramms, speziell soweit sie sich auf Löhne und Gehälter bezieht, gibt uns Anlaß zu stärksten Bedenken und Befürchtungen. Nicht nur, daß wir der These, die Höhe der Löhne und Soziallasten stehe der Gesundung der Wirtschaft entgegen, widersprechen; es kann und darf nicht übersehen werden, daß die Arbeiter bereits jetzt ganz erhebliche Opfer gebracht haben und noch täglich bringen. Ganz ohne Lasten nicht nur die Arbeitslosigkeit und der Druck der Unsicherheit der Existenz, auch der bisher bereits erfolgte Lohnabbau beträgt im Durchschnitt schon etwa 10 Prozent. Es geht nicht an, zu diesen bereits gebrachten Opfern den Arbeitnehmern noch weitere Opfer durch vermehrte Lohnsenkungen, denen keine Preisentfaltungen gegenüberstehen, aufzuerlegen. Die anderen Volksschichten zugeachten Opfer stehen in keinem Verhältnis zu dem, was anscheinend den Arbeitern und Angestellten zugemutet wird.

6. Wir wünschen Klarheit darüber, in welcher Weise die Regierung die Preisentfaltung im Sinne einer Hebung der Kaufkraft zu beeinflussen gedenkt. Unsere vorhin dargelegte Stellungnahme zur Lohnfrage ist mit von der Sorge um die zukünftige Preisgestaltung diktiert.

Auch der Gewerkschaftsring, die Spitzenorganisation der Hirsch-Dunderschen, brachte ähnliche Bedenken gegen das Programm zum Ausdruck. Wenn auch die politischen Vertreter dieser Richtung, die Demokraten, nach dem Zerfall der Staatspartei keinen Ausschluß im Reichstag mehr bekamen, so sind doch Zentrumsarbeitsvertreter in diesen Ausschüssen. Mit ihnen werden sich die Sozialdemokraten hoffentlich in manchen Punkten verständigen können. Auch die Nazis und Kommunisten werden vor die Frage gestellt werden, ob sie vernünftigen und möglichen Verbesserungen des Regierungsprogramms zustimmen wollen. Ausichtslos ist also dieser Kampf von vornherein nicht.

Kündigung der Mehrarbeit in Mitteldeutschland.

Große Funktionärkonferenz. Braunkohlen- und Kalkarbeiter in einer Front.

Die mehr als fünfhundert Gewerkschaftsfunktionäre, die am letzten Sonntag im Volkspark zu Halle versammelt waren, gedachten zunächst in ehrender Weise der zahlreichen toten und schwerverletzten Kameraden, die ein Opfer der furchtbaren Grubenkatastrophe in Aisdorf wurden. Inniges Beileid und wärmste Teilnahme für die Hinterbliebenen verband sich auch mit den Gedankworten, die von den Versammelten lebend entgegengenommen wurden. Sodann eröffnete der Bezirksleiter unseres Verbandes, Kamerad Reddigau, die Konferenz mit dem Hinweis, daß diese einberufen worden sei, um zu der Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlen- und Kalkbergbau Stellung zu nehmen. Das grundlegende Referat über die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage erstattete der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, der Kamerad August Schmidt. Er führte unter anderem aus:

„Die weltwirtschaftliche Krise, unter der gegenwärtig fast alle Industriestaaten leiden, hat auch die deutsche Wirtschaft und speziell den Bergbau nicht verschont. In welcher Weise der westelbische Braunkohlenbergbau davon betroffen wurde, geht daraus hervor, daß die durchschnittliche Monatsförderung im letzten Jahre 5,8 Mill. To., im Februar d. J. nur 4,3 und im Juli 4,6 Mill. To. betrug. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Jahr 1929 für die bergbauliche Produktion ein Rekordjahr war. Eine ähnliche Entwicklung ist im ostelbischen Braunkohlenbergbau festzustellen, wo die Monatsförderung im Juli gegenüber Januar d. J. um rund 600 000 To. geringer war, was allerdings zu einem erheblichen Teil auf die warme Jahreszeit zurückzuführen ist. Genau wie im Steinkohlenbergbau haben aber die Unternehmer im hiesigen Braunkohlengruben durch Belegschaftsabbau und zahlreiche Fehlschichten es verstanden, die Nachteile der gedrückten Konjunkturlage auszumerzen. Das zeigt besonders die Entwicklung des Förderereffektes. Während beispielsweise der Förderanteil im letzten Jahre im westelbischen Gebiet durchschnittlich 8,68 To. betrug, ist er im 1. Quartal d. J. weiter auf 8,79 To. gestiegen. Im ostelbischen Gebiet ist der Förderereffekt im gleichen Zeitraum sogar von 9,8 auf 10,4 To. gestiegen. Diese Steigerung der Förderleistung wurde, wie erwähnt, vor allem herbeigeführt durch einen Abbau der Belegschaft. Diese betrug westelbisch 1929 42 893, Ende März d. J. dagegen nur noch 34 430 Mann. Über auch die Effektivlöhne haben eine Verminderung erfahren, indem z. B. der Lohn der Gesamtbelegschaft im Oberbergamtsbezirk Halle 1929 westlich der Elbe 7,62 M., im 2. Quartal d. J. aber nur 7,50 M. betrug. Die Unternehmer im Braunkohlenbergbau haben also sehr gut verstanden, sich der Krisenopfer zu entziehen. Diese Tatsache bleibt uns so bemerkenswert, als die Geschäftsabläufe aus dem letzten Jahre ein sehr günstiges Ergebnis aufweisen.“

Es haben z. B. an Dividenden auf Stammaktien zu verzeichnen (in Prozent):

	1928	1929
Unhaltliche Kohlenwerke	6	6
Braunkohlen- und Brikettindustrie (Bubiag)	10	10
Braunschweigische Kohlenbergwerke	10	10
Caroline bei Offleben	9	12
Isse Bergbau-AG, Niederlausitz	10	10
Niederlausitzer Kohlenwerke	10	10
Brehliger Braunkohlen-AG, Meuselwitz	15	15
Riebeckische Montanwerke AG	7,2	8,4
Werschen-Weißensefelder Braunkohlen-AG	10	10
Kohle AG, Magdeburg	5	10

Die beträchtlichen Dividenden zeigen, daß vor allem die Unternehmungen aus dem Rekordjahr profitiert haben. Um so selbstverständlicher sollte es daher sein, daß sie auch jetzt ihren Anteil an der schlechten Konjunktur tragen, zumal die Arbeiter nicht in der Lage waren, sich für die Notzeit Reserven zu bilden.

Im Kalkbergbau liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Während man hier in den ersten 9 Monaten des Vorjahres 11,38 Mill. To. förderte, sind es im gleichen Zeitraum dieses Jahres 11,49 Mill. To. Trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise ist also hier sogar eine Steigerung der Produktion zu ver-

zeichnen. Dieser gesteigerten Produktion steht aber eine Verminderung der Belegschaft gegenüber. So waren z. B. im Januar d. J. im Kalkbergbau rund 22 000 Bergarbeiter beschäftigt, im September nur noch 18 883. Steigerung der Förderung bei einer gleichzeitigen Verminderung der Belegschaft bedeutet aber, daß die Rationalisierungsmassnahmen erfolgreich weiterbetrieben wurden und die Lohnkosten je Förderonne weiter gesunken sind. Wie sich diese Entwicklungstendenz schon früher auf die Geschäftsergebnisse der Kalkwerke ausgewirkt hat, zeigt nachstehende Aufstellung über die erzielten Dividenden in den beiden letzten Jahren (in Prozent):

	1928	1929
Burbach-Kalkwerke, Magdeburg	12	12
Wintershall AG	12	12
Kalkwerke Wschersleben	10	10
Kalkwerke Sigmundshall AG	8	8
Kalkwerke zu Westerrageln	10	10

Auch diese Zahlen lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Kalkarbeiter das größte Anrecht darauf haben, ihren Anteil am Produktionsergebnis in Form von besseren Arbeitsbedingungen geltend zu machen.

Aber abgesehen von diesen wirtschaftlichen Erwägungen, so führte Schmidt weiter aus, ist es vor allem die arbeitsmarktpolitische Notlage, die uns zwingt, die Arbeitszeitfrage erneut aufzurollen. Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrug nämlich Mitte Oktober d. J. die Zahl der Arbeitslosen über 3,1 Mill. Diese außergewöhnliche Arbeitslosenzahl ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Sie ist auch keineswegs nur auf die gegenwärtigen Krisenercheinungen zurückzuführen. Wie Leistungsergebnisse und Belegschaftsstand im Bergbau erkennen lassen, handelt es sich bei der jetzigen Arbeitslosigkeit vielmehr um eine Dauererscheinung, hervorgerufen durch die veränderte Beschäftigungsstruktur. Eine Milderung der Arbeitslosigkeit wird daher nur möglich sein durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Erkenntnis ist es, die uns veranlaßt, in allen Kreisen, wo es möglich ist, die Mehrarbeit zu kündigen. Aus diesem Grunde schlagen wir auch euch, wer te Kameraden, vor, das Mehrarbeitsabkommen für den Braunkohlen- und Kalkbergbau zum 30. November zu kündigen. Ihr habt nunmehr zu entscheiden, ob ihr mit diesem Vorschlage einverstanden seid und ob ihr den Willen habt, mit aller Kraft für die Verwirklichung unserer sozialen Zielsetzung — Milderung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung — einzutreten.“ (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Aussprache wurde der Vorschlag, die Mehrarbeit zu kündigen, einstimmig gutgeheißen. Mit besonderem Nachdruck betonten die Delegierten, daß die ungeheure Arbeitslosennot beseitigt werden müsse. Dieses Ziel sei aber nur zu erreichen durch den Wegfall der Mehrarbeit. In scharfen Worten wurde sodann die Haltung der Unternehmer kritisiert, die trotz des Produktionsrückganges eine angemessene Verzinsung ihres investierten Kapitals erstrebten. Daß sie durch die Fehlleitung von Kapitalen und einen allzu großen und unsinnigen Ausbau des Produktionsapparates die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weitgehend selbst verschuldet hätten, wollten die Unternehmer nicht einsehen. Auf keinen Fall könne man daher der Arbeiterschaft zumuten, die Opfer dieser planlosen Wirtschaftsweise zu tragen. Als eine wahnsinnige Katastrophopolitik müsse es bezeichnet werden, wenn man auch jetzt noch — wie es beispielsweise in der „Bergwerks-Zeitung“ geschieht — eine Verlängerung der Arbeitszeit fordert. Wenn die Unternehmer nach den beiden letzten günstigen Geschäftsjahren glauben, auch in diesem Jahre unter allen Umständen an ihren Gewinnquoten festhalten zu müssen, dann sei das ein schlechter Beweis für einen sozialen Verantwortungswillen. Man müsse sich auf der Gegenseite mit dem Gedanken vertraut machen, daß man in den mageren Jahren nicht die gleichen Erträge erwarten könne, wie in der zurückliegenden günstigen Geschäftszeit. So und ähnlich klangen die von hohem Ernst und starkem sozialen Willen getragenen Ausführungen der Diskussionsredner. Infolgedessen wurde in der folgenden Abstimmung die Kündigung der Mehrarbeit einstimmig gutgeheißen. Mit einem Hoch auf die sozialen Ziele der deutschen Gewerkschaften wurde die Konferenz nach mehrstündiger Dauer geschlossen.

Die Tarifbewegung im Ruhrbergbau.

Die ersten Parteienverhandlungen zwischen den Bergarbeitergewerkschaften und den Zechenvertretern über die Neuregelung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau, die am 20. Oktober in Essen stattfanden, sind nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Die Bergarbeitervertreter betonten, daß endlich der Zeitpunkt gekommen sei, die Ueberarbeit im Ruhrbergbau zu beseitigen; da die Friedensleistung nicht nur erreicht, sondern bei weitem überschritten sei. Insbesondere zwingt aber die große Arbeitslosigkeit — im Ruhrbergbau sind in diesem Jahre allein über 70 000 Bergarbeiter entlassen worden — zu energischer Arbeitsbeschaffung, die nur gefunden werden könne durch Verkürzung der Arbeitszeit und eine entsprechende Mehreinstellung von Arbeitskräften. Abgesehen von dieser zwingenden sozialpolitischen Notlage sei auch eine Verkürzung der Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen im Ruhrbergbau möglich.

Entgegen dieser Auffassung vertraten die Unternehmer den Standpunkt, daß die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht tragbar sei, daß sie vielmehr neben der Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit die Leistung von Ueberleistungen verlangen müßten. Nach ihrer Meinung könne der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit nur durch eine Senkung der Selbstkosten und verschärfte Wettbewerb gefunden werden.

Dieser Tarifstreit im Ruhrbergbau wird auch in der breiteren Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt. Man sieht darin eine bedeutungsvolle Teilbewegung der großen Aktion, die der ADGB einleitete, um zu einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden die Wege zu kommen.

Das veranlaßt einzelne bürgerliche Zeitungen, die verschiedensten Kombinationen über den wahrscheinlichen Verlauf der Verhandlungen anzustellen. Die „Frankfurter Zeitung“ z. B. glaubt eine Verknüpfung von Lohn- und Arbeitszeitfrage vor-

auszagen zu können. Darüber hinaus will sie schon gar von gegenseitiger Auffassung innerhalb der Gewerkschaften bezüglich einer Verquickung von Arbeitszeit- und Lohnfrage wissen.

Das letztere ist schon deshalb völlig fehlgehend, weil für die Gewerkschaften gar keine Veranlassung besteht, sich jetzt schon mit der Frage zu beschäftigen. Es können deshalb noch weniger gegenseitige Meinungen darüber bestehen. Die Lohnfrage ist vorläufig außerhalb jeglicher Diskussion gestellt, da ja ein ungekündigter verbindlicher Lohnvertrag besteht. Und solange das der Fall ist, wäre es müßig, sich mit einer Verknüpfung von Arbeitszeit- und Lohnfrage zu befassen. Der Lohnvertrag läuft nämlich bis Ende dieses Jahres, während die Verhandlung über das Mehrarbeitsabkommen bis 1. Dezember zum Abschluß gebracht sein muß, widrigenfalls ohne weiteres die Siebenstundenschicht in Kraft treten würde. Inwieweit man auf Unternehmenseite trotzdem eine Verknüpfung der beiden Fragen glaubt vornehmen zu können und zu sollen, ist uns nicht bekannt.

Ebenso klar wollen wir heute schon herausstellen, daß bei eventuell späteren Lohnverhandlungen auch für uns eine Verknüpfung von Lohn- und Preisfragen nicht in Frage kommen kann. Unsere ganzen Forderungen und unsere Tarifpolitik werden lediglich bestimmt von der Auffassung und Einsicht, die wir bezüglich des Rentabilitätsgrades und der sozialen Leistungsfähigkeit des Ruhrbergbaues haben.

Hier hat der Ruhrbergbau allerlei zu verschleiern. Beweis ist schon die Art, wie der letzte Preisabbau zustande kam. Statt den Weg über die zuständigen Körperschaften, wie Reichskohlenrat und vielleicht auch Reichswirtschaftsrat, zu nehmen, wählte man den direkten Weg zu den Ministern. Das riecht bedenklich nach Kuhhandel. Wir betonen aber jetzt schon, daß wir nicht gewillt sind, denselben zu sanktionieren.

Daß sich die Zechenbesitzer in schwacher Position fühlen, beweist auch eine Notiz in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 22. Oktober. Darin sucht man die Gewerkschaftsvertreter zu verdächtigen, mit ihrer Forderung nur „Schrittmaßen der englischen Gewerkschaften“ sein zu wollen. Auch hätten sie geraten, ruhig den Konkurrenzkampf der Ruhrkohle gegen die englische aufzugeben.

Im Wirklichkeit ist gerade das Gegenteil wahr. Auf den Einwand der Zechenbesitzer, daß die Ruhrkohle immer weiter in das inländische Absatzgebiet einbricht, erwiderten unsere Vertreter, daß das nur Schuld der Zechenbesitzer selbst sei, die schon längst durch Herabsetzung der Kohlenpreise dieser Gefahr hätten begegnen können.

Als verwerflich bezeichneten unsere Vertreter weiter, daß die Zechenbesitzer diesen Weg nicht gegangen sind, aber den Konkurrenzkampf führen wollten auf Kosten der Arbeiterschaft. Ein Konkurrenzkampf, geführt mit den Mitteln der Arbeitszeitverlängerung und des Lohnabbaues, bezeichneten sie als verwerflich und unschicklich, da sonst das Ausland auf den gleichen Weg gedrängt würde. Damit aber könnte man die soziale und wirtschaftliche Not nur verschlimmern und nicht bessern.

Besonders jetzt, wo auch in England ein heißer Kampf geführt würde um Arbeitszeitverkürzung, könnten wir in Deutschland natürlich nicht den Weg der Arbeitszeitverlängerung beschreiten. Im Gegenteil, auch wir müßten im Zuge dieser Entwicklung die Arbeitszeit verkürzen, weil damit gleichzeitig am wirksamsten die Arbeitslosigkeit behoben werden könnte.

So die Tatsachen! Wir überlassen es unserer Besserschaft, zu beurteilen, auf welcher Seite hier die größere Vernunft und die ehrlichsten Motive zu finden sind. Die unsauberen Verdächtigungsverfuche der „D. Bergw.-Ztg.“ hängen wir niedriger!

Akkumulation der Arbeitslosigkeit?

Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und dem Emporschnellen der Arbeitslosenziffern vermehren sich auch die Wirtschaftspolitiker in allen Lagern, die dem Problem der Arbeitslosenbeseitigung oder ihrer Bekämpfung erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Hierbei ist es interessant, zu beobachten, wie in den meisten Fällen bei der Ursachenergründung schon von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Wenn aber schon der Ausgangspunkt falsch ist, muß auch in den überaus meisten Fällen das Ergebnis der Untersuchung zu einer berechtigten Kritik herausfordern. So ist es denn auch richtig, wenn die Theorie der überhöhten Löhne als Ursache von Krise und Arbeitslosigkeit von allen vernünftigen Menschen nicht ernst genommen wird.

Aber weit entfernt von der richtigen Ursachenergründung sind auch zweifellos die Kreise und Wirtschaftstheoretiker, die die Weltwirtschaftskrise von der geldtheoretischen Seite betrachten. Daß eine Reihe weiterer Fragen, wie Marktverziehung, finanzpolitische Gründe oder zu hoher Zins, immerhin eine gewisse Beinträchtigung für die gesamte Wirtschaft bedeuten, wird niemand einfallen zu bestreiten. Bedenklich muß es jedoch erscheinen, wenn von dieser Seite her die alleinige oder Hauptursache an der Arbeitslosigkeit gesehen wird. Alle diese Fragen spielen im Rahmen des Ganzen nur eine untergeordnete Bedeutung. Will man die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkung nach der arbeitsmarktpolitischen Seite einer Betrachtung unterstellen, so kann dieses nur so geschehen, wie es auch das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Vierteljahrs-Wirtschaftsbericht tat, indem es die Ursachen der verschärften Krise von der Konjunkturseite her analysierte. Leider ist es eine Wahrheit, daß feststehende Tatsachen immer noch angezweifelt und bekämpft werden. Die in den letzten Jahren betriebene, vielfach zu schnelle Rationalisierung mußte eine ungeheure Zahl Arbeiter freisetzen, weil — und das ist eben das Entscheidende bei dem aufgeworfenen Problem — die Konsumtion der Güter mit der erhöhten Produktion nicht gleichen oder auch nur annähernd gleichen Schritt hielt.

Nicht von einer Ueberproduktion im allgemeinen Sinne darf hier die Rede sein, sondern lediglich von einem Zurückbleiben des Verbrauchs auf allen Gebieten gegenüber der Produktion. Ganz naturnotwendig mußte diese Entwicklung eintreten, weil — und das ist sehr charakteristisch für das heutige kapitalistische System — die Arbeitslosigkeit immer neue Arbeitslosenschafft. Die durch die Arbeitslosigkeit verursachte Kaufkraftschwächung zwingt wieder, weil eine Steigerung der Ausfuhr sich ebenfalls trotz gesunkener Preise nicht erzwingen läßt, zu weiteren Produktionseinschränkungen und Entlassungen. Somit kann man hier im wahren Sinne des Wortes von einer Akkumulation der Arbeitslosigkeit reden.

Ist nun die Rationalisierung ein Mittel zur Hebung der Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel der Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung der Produktion, so ist leider die Auswirkung derselben für die breiten Massen negativ bis heute verlaufen. Nicht, daß die Arbeiterschaft mit Gütern überflüssig und nicht mehr aufnahmefähig wäre. Dagegen spricht schon allein der Umstand, daß acht Millionen Menschen in Deutschland der Armenpflege unterstellt sind und weitere drei Millionen Menschen als Arbeitslose ein kümmerliches Dasein fristen. Lediglich reine Profitrückichten mit der inneren Tendenz der Machterweiterung ließen eine planmäßige Rationalisierung des Produktionsapparates dem Kapital nicht geeignet erscheinen. Hier liegt ein wesentliches Moment für das Mißlingen der Rationalisierung.

Aber auch die Schaffung von unzähligen Einzelstellen, Konventionen und Abkommen mit dem Zweck, die überhöhten Preise zu halten, liegt nicht im Interesse der Wirtschaft, besonders dann nicht, wenn infolge zu starker Ueberlastung des Verteilungsapparates die Preise überhöht bleiben trotz der erfolgten Preisenttungen für Rohstoffe auf den Stand von 1913. Von dieser Seite könnte sehr viel zur Belebung der Wirtschaft, wenn auch nicht zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, getan werden. Die Preisbindungen für eine ganze Reihe von Bedarfs- und Verbrauchsgütern lassen eine notwendige Steigerung der Kaufkraft durch Herabsetzung der Handelsgewinne auf normaler Basis nicht zu.

Hier muß der Hebel angefaßt werden. Nicht Senkung der Herstellungskosten durch Lohnherabsetzung, sondern Senkung der Herstellungskosten durch Herabsetzung der Handelsgewinne und Profite kann hier helfen. Die freigesetzte Kaufkraft durch billigere Waren wird dann durch den vermehrten Umsatz auf die Herstellungskosten im günstigen Sinne wirken und weitere Preisenttungen zulassen. Die Schwächung der Kaufkraft durch Lohnverkürzung dagegen bewirkt eine Verengung des Absatzmarktes und verschärft nur die Krise. Im Rahmen des Ganzen gesehen wäre aber nicht nur eine Lohnsteigerung durch direkte Erhöhung der Löhne oder Senkung der Preise der einzige Faktor, der den vorhandenen Spielraum bei zunehmender Produktivität zum Ausgleich bringt, sondern eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung könnte erst die volle Ueberwindung der Arbeitslosigkeit herbeiführen.

Kohlenpreis und Kohlenlohn.

P. Z. Die Ruhrkohle soll billiger werden. Durchschnittlich um 6 Prozent sollen ab 1. Dezember 1930 die Preise sinken. So wenigstens hat es der Reichszentralrat in der Reichstagsdebatte angekündigt. Man war etwas überrascht durch die Ankündigung. Nicht, als ob man die Preisenkung selbst als untragbar für den Ruhrbergbau hielte. Im Gegenteil, man ist allgemein der Auffassung, daß diese Maßnahme schon viel früher hätte vorgenommen werden müssen. Aber man war darüber überrascht, daß dasjenige, was die Ruhrindustriellen selbst bisher immer als untragbar erklärten, jetzt plötzlich nach eigenem freien Zugeständnis möglich sein soll.

Aber die Sache ist leicht erklärlich. Die Situation fing an, für die Ruhrindustriellen brenzlich zu werden. Dies sowohl von der politischen als auch von der rein wirtschaftlichen Seite her. Die Forderung und der Ruf nach Kohlenpreissenkung wurde nämlich immer lauter erhoben. Das mußte die Regierung schließlich zu Maßnahmen zwingen, weil das Kohlenwirtschaftsgesetz ihr ja hierzu Möglichkeiten bietet. Sie leitet solche Maßnahmen ein mit dem Auftrage an den Reichswirtschaftsrat, über diese ganze Frage ein Gutachten abzugeben. Darin lag die erste große Gefahr für die Ruhrzechenbesitzer.

Ein solches Gutachten, objektiv und unter Ausnutzung der letzten Untersuchungsmöglichkeiten zustande kommend, mußte nämlich die starke wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ruhrbergbaues — betriebs- und rentabilitätspolitisch gesehen — offenkundig werden lassen. Diese „Gefahr“ sollte nach Möglichkeit gebannt werden. Inwieweit die freiwillig angekündigte Preisenkung sich hier als wirksam erweist, wollen wir nicht untersuchen.

Daß wir aber Recht haben, beweist schon folgender Hinweis: Die letzte Lohnerhöhung im Ruhrbergbau erfolgte 1928 im Mai. Die geringe Erhöhung im Mai 1929 lassen wir außer Anschlag. Nun betrug im Jahre 1928 die Schichtförderleistung pro Kopf 1191 Kg. Im Juli 1930 betrug derselbe 1352 Kg. Das ist eine Steigerung von 161 Kg. pro Kopf bei gleichgebliebenen Löhnen. Das bedeutet, den Preis der Tonne Kohlen mit rund 16 M. berechnet, ein Mehrprodukt pro Kopf im Werte von 2,57 Mark. Rechnen wir nun noch die geringe Lohnerhöhung des Jahres 1929 an, so verbleibt immer noch ein Plus von über 2 M. Dieses Plus bleibt auch nach der jetzt angekündigten Preisenkung, weil im letzten Jahre ja auch die Kohlenpreise erhöht wurden und zwar um durchschnittlich 1 M. pro Tonne.

Das Resultat dieser ganz groben Rechnung könnte durch eine Gutachteranalyse nicht verwischt, sondern nur bestätigt werden. Es würde sich weiter ergeben, daß sich an der Entwicklungstendenz des Ruhrbergbaues, die seit 1925 eine stets fortschreitende Intensivierung der Arbeitsleistung aufweist, bis heute nichts geändert hat. Im Gegenteil! Allein seit Januar 1930 ist der Schichtförderanteil pro Kopf gestiegen von 1299 auf 1352 Kg. im Juli. Das Tempo der Intensivierung hat sich also in der letzten Zeit gewaltig gesteigert. Der Deffentlichkeit gegenüber aber verkünden die Ruhrindustriellen etwas ganz anderes. Unter dem Deckmantel der Wirtschaftskrise war es ihnen leicht, diese Deffentlichkeit über ihre glänzende Geschäftslage hinwegzutäuschen. Das ist bewußte Krisenpolitik. Und nur die Furcht vor ihrer Entlarvung zwang also jetzt zu einem freiwilligen Zugeständnis einer Preisenkung.

Hinzu kam der Druck von der rein wirtschaftlichen Seite her über die ausländische Konkurrenz. Nach Eingeständnis der Unternehmer selbst dringt hauptsächlich die englische Kohle immer weiter in das engere inländische Absatzgebiet der Ruhrkohle vor. Die Unternehmer selbst geben an, daß allein durch diesen Einbruch englischer Kohle in ihr engstes Absatzgebiet 21 000 Ruhrbergarbeiter entlassen werden mußten.

Wirklich „mußten“? Wir glauben das nicht. Warum ließ man es so weit kommen? Konnte man nicht die Preise schon früher senken, um die englische Konkurrenz fernzuhalten? Warum geht das jetzt plötzlich, nachdem man

nicht mehr ausweichen konnte? Man wollte eben Krisenpolitik, darin liegt die Erklärung.

Nicht wirtschaftliche Gesichtspunkte, zumindest nicht volkswirtschaftliche, waren für das Verhalten der Unternehmer bestimmend, sondern rein klassenpolitische. Der sozialwirtschaftliche Aufstieg der Arbeiterklasse sollte aufgehalten werden. Man will die Arbeiterschaft in eine Periode des Stillstandes hineinzwingen. Es ist der berühmte „Gegenangriff auf der ganzen Linie“, den die Unternehmer von langer Hand vorbereitet und bei dem die Ruhrindustriellen eben auch nicht fehlen durften.

Erst wollte man nur den „Stillstand“. Das heißt, man wollte Schluß machen mit den „ewigen Lohnerhöhungen“. Begünstigt durch die allgemeine Wirtschaftskrise aber will man jetzt mehr. Nicht mehr begnügt man sich mit Kampf gegen Lohnerhöhung, sondern man fordert jetzt Lohnabbau. Und das ist es, wogegen sich die Arbeiter mit aller Macht und Schärfe zu wenden haben. Das gilt besonders für die Ruhrbergarbeiter, weil, wie dargelegt, im Ruhrbergbau hierfür gar kein Grund vorliegt. Einverstanden kann die Arbeiterschaft sein, wenn die Löhne stehen bleiben, die Preise aber gesenkt werden. Wir haben solcher Entwicklung immer vor allem den Vorzug. Daß wir bisher stets um Lohnerhöhung kämpften, kam daher, weil bei stets steigender Rentabilität die Preise nicht gesenkt wurden, sondern im Gegenteil noch anzogen.

Es gibt eben nur drei Möglichkeiten der Kaufkraftsteigerung und damit der Umsatzsteigerung und Wirtschaftsbelebung. Entweder Lohnerhöhung oder Preisenkung oder beides zu gleicher Zeit. Wirtschaftlich völlig unfruchtbar ist Lohnerhöhung, die durch Preiserhöhung wettgemacht wird. Ebenso Preisenkung, die durch Lohnsenkung aufgehoben wird.

Die ganze Zeit beobachteten wir Lohnerhöhung, die zum großen Teil immer wettgemacht wurde durch Preiserhöhung. Jetzt glaubt man dieser unfruchtbareren Entwicklung begegnen zu können durch Preisenkung, die aufzuheben sei durch Lohnsenkung. Das ist dasselbe Kreißelspiel, nur in umgekehrter Richtung.

Es ist deshalb ein doppelt verwerfliches Spiel, was man im Ruhrbergbau versucht, wenn als Äquivalent für die Preisenkung eine Lohnsenkung gefordert wird. Einmal ist es ein unehrliches Spiel, weil ein zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit bestehender Zwang zur Lohnsenkung — wie dargelegt, auch nach der Preisenkung — nicht nachgewiesen werden kann. Zum anderen ist es ein dummes Spiel, weil damit der volkswirtschaftliche Vorteil der Preisenkung wieder bewußt zunichte gemacht wird.

Wir können es deshalb vorerst noch gar nicht glauben, was die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schrieb, nämlich, „daß das Kabinett (die Reichsregierung — Red.) bindende Zusagen über eine spätestens am 1. Januar eintretende Selbstkostensenkung durch eine vom Ruhrbergbau ja schon zum 1. Oktober geforderte Lohnherabsetzung gegeben hat.“ Wir können das wenigstens dann nicht glauben, wenn das Kabinett sich wirklich objektiv und eingehend Einsicht in die Geschäftslage des Ruhrbergbaues verschafft hat.

Wir haben uns diese Einsicht verschafft. Und wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß es wirklich ein starkes Stück ist, von der Preisenkung als von einer Vorleistung zu sprechen, die nur durch eine zugesagte Lohnsenkung hin vorgenommen werden konnte. Die Preisenkung ist keine Vorleistung, sondern eine längst fällige Selbstverständlichkeit.

Es wäre deshalb den verantwortlichen Instanzen zu raten, sich hierüber eingehend Klarheit zu verschaffen, um nicht vielleicht vor noch größeren Überraschungen gestellt zu werden in nächster Zeit, als das durch den Metallarbeiterkonflikt in Berlin geschah. Es ist nun einmal so, daß die verübte Kompensierung einer Preisenkung durch Lohnsenkung im Ruhrbergbau jeglicher überzeugenden wirtschaftlichen Begründungsmöglichkeit entbehrt und nur dem reaktionären Ziestreben des deutschen Unternehmertums dienen soll.

Notopfer der deutschen Bergarbeiter.

Jährlich 12 000 Bergunglücke.

Mehr als Worte und Kundgebungen es tun können, hat das Alsdorfer Grubenunglück die Deffentlichkeit erneut auf das Lebensschicksal der Bergarbeiter aufmerksam gemacht. Bilder der Not, des großen Glends und tiefen Grauens erstanden vor jedem, der die Schreckensnachrichten verfolgte. Bei jedem mühseligen und sozialdenkenden Menschen mußte erneut der Eindruck entstehen, daß das Bergmannsleben ein schweres und erbärmliches Leben ist. Und in der Tat: es ist ein armseliges und noterfülltes Dasein, das der Bergmann führt. Es ist erbärmlicher und schrecklicher, als solche Momentaufnahmen von großen Grubenunglücken erkennen lassen. Denn im letzten Jahre waren es zwei verhältnismäßig kleine Unglücksfälle, die „nur“ 55 Bergarbeiterleben forderten und in der Deffentlichkeit beachtet wurden. Daß dagegen durch Einzelunfälle im letzten Jahre insgesamt 11 513 Bergarbeiter betroffen wurden und davon 1339 tödlich verunglückten, ist so gut wie gar nicht bekannt und noch weniger beachtet worden. In diesem Jahre werden die Todesziffern infolge des Hausdorfer und Alsdorfer Unglücks erheblich größer sein, obwohl die Belegschaftszahlen in diesem Jahre bedeutend niedriger als im Vorjahre sind. Die Opfer von Alsdorf bilden also nur einen kleinen Teil von dem Opfer, das die deutschen Bergarbeiter bei Ausübung ihres Berufes jährlich dem Grubentod bringen.

Es sind unfreiwillige Opfer, die hier im Dienste der deutschen Wirtschaft gebracht werden. Grausam und unbarmherzig zugleich, denn in keinem anderen Beruf sieht den Arbeitsmenschen der lauernde Tod so im Nacken wie dem Bergmann. Diese ständige Lebensgefahr und Tragik ist nicht geeignet, die Arbeits- und Lebensfreude des Bergmanns zu stärken. Hinzu kommt, daß er einen großen Teil seines Lebens, abgeschlossen

vom Tageslicht, verbringen muß und daß die schwere Arbeit heute mit Hilfe der Preßluftwerkzeuge oft als eine Höllenarbeit empfunden wird. Die Berufsarbeit verlangt also vom Bergmann noch mehr als Todesverachtung und Opfermut, sie fordert körperliche Anstrengungen, Arbeitsleistungen und Nervenbelastungen wie wenige Berufe. Der Grad der Opfer, den der Bergmann zum Gedeihen der Volkswirtschaft bringt, ist daher riesengroß. Das sollen sich vor allem diejenigen merken, die heute von den Bergarbeitern noch weitere freiwillige Opfer verlangen.

Dennoch Lohnabbau?

Es gibt leider in Deutschland Kreise, die glauben, von dem deutschen Bergmann unbedingt weitere Opfer verlangen zu müssen, und zwar ausgerechnet von den Bergarbeitern, deren trauriges Los in diesen Tagen die ganze Welt erschüttert. Ein großer Teil der Tagespresse, die in den letzten Tagen spalten- und zeitenlange Glendsberichte und Beileidskundgebungen anlässlich des Alsdorfer Unglücks bringen, die gleichen Tageszeitungen brachten kurze Zeit vorher Berichte, in denen in aufsehenerregender Weise ein Abbau der Bergarbeiterlöhne angekündigt bzw. gefordert wurde. Diese ungeheuerliche Forderung bringt man in Verbindung mit der sogenannten Preisenkungsaktion.

Den praktischen Anfang zu dieser Preisenkungskampagne machte die Brüning-Regierung, indem sie zu ihrem „Reform“-programm vor einigen Wochen erklärte:

„Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer. Deutschland muß aber rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus ge-

tennzeichnet ist. Was die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angeht, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Ganzen. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer- und Arbeitnehmererschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen sich gestalten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden.“

Im weiteren Verlauf dieses Planes erklärten sich die Unternehmer des Ruhrbergbaues schließlich zu einer sechsprozentigen Herabsetzung der Kohlenpreise ab 1. Dezember d. J. bereit. In der entscheidenden Konferenz, an der neben den Ruhrindustriellen das Reichswirtschafts- und das Preußische Handelsministerium beteiligt waren, soll man sich jedoch auch dahingehend geeinigt haben, daß der Kohlenpreissenkung ein Lohnabbau folgen soll. Nach zuverlässigen Meldungen soll dieser geplante Lohnabbau etwa 8 Prozent betragen. Man hält es also in bürgerlichen Regierungskreisen und der ihnen nahestehenden Presse für selbstverständlich, daß ein Preisabbau im Bergbau nur in Verbindung mit einem Lohnabbau möglich ist. Mit anderen Worten: man findet es durchaus für angebracht, daß die Bergarbeiter zuerst in Form eines Lohnabbaues ein Notopfer für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft bringen sollen. Zu den unerhörten unfreiwilligen Opfern der Bergarbeiter fordert man also ein weiteres materielles Opfer, nämlich eine achtprozentige Lohnsenkung, die nach den Millionen von Feiertagslöhnen in diesem Jahre eine unverantwortliche Schwächung des Lebensstandards der Bergarbeiter bedeutet!

Angeichts dieser ungeheuerlichen Zumutung ist daher wohl die Frage erlaubt: Muß der Preisabbau unbedingt mit einer Lohnsenkung verbunden werden? Wenn ja: ist das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so arm, daß ausgerechnet Arbeiter bzw. die Bergarbeiter dieses Notopfer zuerst bringen müssen? Die Antwort auf diese Frage kann nicht in kurzer Form gegeben werden. Nichtsdestoweniger können nachstehende Notizen vielleicht dazu beitragen, gewisse Kreise, die in dem Plan eines Lohnabbaues eine nationale Tat erblicken, etwas nachdenklicher zu stimmen.

157 Millionen Mark Reingewinn.

Die Bergarbeiterorganisationen haben sich bisher mit aller Entschiedenheit gegen eine Verbindung von Lohn- und Preisfragen im Bergbau gewandt. Diese grundsätzliche Haltung ergab sich aus der Tatsache, daß die Regelung des Kohlenpreises zur Aufgabe des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrats gehört, also einer gemeinwirtschaftlichen Körperschaft obliegt. Die Lohnregelung dagegen war stets Verhandlungsgegenstand zwischen den Bergarbeitergewerkschaften und den sozialpolitischen Unternehmerverbänden.

Abgehen von dieser grundsätzlichen Trennung, die beibehalten werden muß, wenn der Charakter der Gemeinwirtschaftskörper nicht aufgegeben werden soll, ist aber auch gegenwärtig aus wirtschaftlichen Erwägungen eine Verkopplung des Lohn- und Preisproblems nicht angängig. Es ist vielmehr nach Auffassung der Bergarbeiterorganisationen ein Preisabbau durchaus möglich, ohne daß man das Lohnniveau der Bergleute angreift.

Nach einer Bilanzstatistik des „Berliner Tageblatts“ vom 19. Oktober haben beispielsweise 143 Bergbaugesellschaften mit einem Aktienkapital von 1,9 Milliarden Mark im letzten Jahre nicht weniger als 156,7 Millionen Mark Reingewinn aufzuweisen. Das sind nahezu 20 Mill. M. mehr als im Vorjahre. Wenn nun in diesem Jahre infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise die Rekordziffern von 1929 im Bergbau nicht erreicht werden, dann bleibt zu beachten, daß die Grubenunternehmer durch zahlreiche Massenentlassungen — im Ruhrgebiet waren bis September 76 000 Bergarbeiter entlassen — sowie durch die Einführung von Kurzarbeit sich durchaus schadlos zu halten versuchten. Zumindest sind sie weit eher als die Bergarbeiter in der Lage, irgendwelche Krisenopfer zu tragen, indem sie nötigenfalls zugunsten einer Preisermäßigung einmal auf ihre Gewinne verzichten. Von derartigen Gedankengängen ist indessen in der bürgerlichen Presse nichts zu lesen, im Gegenteil, man propagiert mit größter Selbstverständlichkeit den Gedanken, daß der angekündigten Preisenkung eine Lohnherabsetzung im Bergbau folgen muß. Krisenopfer sind also anscheinend nur für die Arbeiter da und haben vor den Loren der privatwirtschaftlichen Rentabilität halt zu machen. Eine Wirtschaftsordnung, in der Millionen von Menschen Not leiden, ist nach bürgerlicher Auffassung durchaus richtig; eine Ordnung dagegen die keinen Profit bringt und bringen soll, sei es auch nur vorübergehend, ist jedoch nach den kapitalistischen Grundrissen untragbar. Das schlimmste aber ist, daß es anscheinend auch Regierungsvertreter gibt, die eine derartige Auffassung vertreten. Das ist kein Wunder, denn wie es mit dem nationalen Opferfing der hohen deutschen Staatsbeamten bestellt ist, dürfte nachstehender Abschnitt zeigen.

Zweierlei Maß.

Ein Blick auf die Befolungsordnung für höhere Reichsbeamte zeigt folgendes Bild:

Gehaltsgruppe 1	8 400—12 600 M.
„ 2a	5 400—9 700 „
„ 2b	7 000—9 700 „
„ 2c	4 800—8 400 „
„ 2d	4 800—7 800 „
„ 3	4 800—7 000 „ usw.

Zu diesen Gehältern tritt ein Wohnungsgeldzuschuß von 336 bis 1440 M. jährlich. Ferner wird für jedes minderjährige Kind ein monatlicher Zuschlag von 20 M. gezahlt. In den einzelnen Ländern, z. B. in Preußen, gilt eine ähnliche Befolungsordnung. Die Bezüge der Kommunalbeamten stehen bekanntlich diesen Gehältern auch nicht nach. Und das Einkommen der leitenden Angestellten in Privatbetrieben ist nicht geringer, sondern oft um ein Mehrfaches höher, von den Mammittelgehältern der Direktoren ganz zu schweigen. Wenn man nun auf Grund der Notverordnung auch die sogenannte Reichshilfe eingeführt hat, nach der die Beamten bzw. Höherbefoldeten bis 31. März 1931 einen zweieinhalbprozentigen bzw. fünfprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer entrichten müssen, und wenn man bereits jetzt ab 1. April 1931 eine Gehaltskürzung von 6 Prozent angekündigt hat, dann steht dieses Notopfer in gar keinem Verhältnis zu der erörterten Einkommensschwächung der Bergarbeiter. Ein bestimmter genereller Lohn- und Gehaltsabzug befugt nämlich gar nichts. Es kommt vielmehr auf die Höhe des Einkommens an, will man ermessen, ob und inwieweit eine Kürzung wirklich ein Opfer bedeutet.

Recht und Gerechtigkeit.

Sehen wir nun einmal voraus, die Preislenkungsaktion müsse unbedingt mit einer allgemeinen Lohnsenkung verbunden werden — einstweilen wird diese Notwendigkeit von den Gewerkschaften ja mit guten Gründen bestritten —, was dann? Selbst wenn sich eine allgemeine Lohnsenkung nicht umgehen ließe, wäre es das größte Unrecht, bei den Bergarbeitern zu beginnen. Denn trotzdem die Bergarbeiter den schwersten und gefährlichsten Beruf haben, marschieren sie in der Entlohnung längst nicht an der Spitze. Obwohl sie einen außergewöhnlichen Verschleiß an Körperkraft und Kleidung aufweisen, stehen sie erheblich hinter anderen Berufsgruppen zurück. Das zeigt besonders deutlich ein Blick auf die tarifliche Lohnstatistik, wie sie der DGB periodisch veröffentlicht. Nach dieser Statistik wiesen die Tariflöhne einzelner Berufsgruppen im September d. J. nachstehenden Stand auf:

Tarifliche Stundenlöhne (in Pf.):

Table with 7 columns: Profession, Lohn, etc. Rows include Bergarbeiter, Maurer, Bauklemmer, Buchdrucker, Brauereiarbeiter, Gemeindegeldarbeiter.

Wir bringen diese Gegenüberstellung nicht — das sei nochmals ausdrücklich betont —, um dem Gedanken einer allgemeinen Lohnsenkung Spielraum zu geben, sondern nur, um zu zeigen, wie sozial ungerecht und verantwortungslos es ist, wenn man den Plan einer Kohlenpreissenkung mit einer Lohnherabsetzung verbinden will. Alle diejenigen Zeitungen, die sich bisher für eine Lohnsenkung im Bergbau eingesetzt haben, sind entweder mit einer sträflichen Oberflächlichkeit behaftet oder aber, sie handeln verbrecherisch am Existenzminimum der Bergarbeiter. Denn wenn man von der deutschen Bevölkerung im Sinne des Brüning'schen Programms ein allgemeines Notopfer verlangt, dann darf man ein solches nicht zuerst von den Bergarbeitern fordern, von einer Arbeiterschicht, die, obwohl sie unter einem furchtbaren und tragischen Berufsschicksal leidet, in der Entlohnung weit hinter anderen Arbeiterkategorien zurückbleibt. Wenn man dennoch von den Bergarbeitern derartige Opfer verlangt, nur weil die Kohle ein wichtiger Rohstoff ist; dann pfeifen die Bergarbeiter auf das Beileid, das man ihnen bei gewissen Gelegenheiten in rührender Weise entgegenbringt.

Die Bergarbeiter wollen kein Mitleid, sondern Recht und Gerechtigkeit!

Ausdehnung der Krisenfürsorge auch auf Bergarbeiter.

Die katastrophale Arbeitsmarktlage, die sich, wie allgemein verlautet, noch verschlimmern soll, hat den Arbeitsminister endlich veranlaßt, die Krisenfürsorge grundsätzlich auf alle Berufe auszuweiten. Allerdings hat er auf Grund der mangelhaften Finanzlage des Reiches die Gewährung der Krisenunterstützung von der Bedürftigkeit abhängig gemacht. Ebenso ist auch die Leistungshöchstdauer herabgesetzt und eine Rückwirkung des Erlasses für diejenigen, die vor dem Inkrafttreten schon aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind, nicht vorgesehen. Die Unterstühtungsdauer ist deshalb vollständig neu geregelt. Ab 3. November d. J. unterliegen alle Berufsgruppen in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohner der Krisenfürsorge. Die Vorstehenden der Landesarbeitsämter sind berechtigt, darüber hinaus für ihren Amtsbezirk ganz oder teilweise Berufsgruppen zuzulassen, wenn ein Bedürfnis besteht. Hierbei sollen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden eingehend berücksichtigt werden. Ausgeschloffen von der Krisenfürsorge bleiben „Angehörige der Berufsgruppe der Landwirtschaft“ mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten. Weiter sind nicht zugelassen die Angehörigen der Berufsgruppe „häusliche Dienste“ und alle Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Daß Krisenunterstützung nur an solche gezahlt wird, die Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, an die sogenannten Ausgesteuerten, soll hierbei nur erwähnt werden.

Die Höchstdauer der Krisenunterstützung beträgt 32 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann die Krisenunterstützung auf die Dauer von 45 Wochen ausgedehnt werden, wenn die Lage des Arbeitsmarktes diese Maßnahme erfordert. Die Verlängerung der Bezugsdauer von 32 auf 45 Wochen kann vom Vorstehenden des Arbeitsamtes oder vom Spruchauschuß festgesetzt werden. Wenn die Arbeitsmarktlage sich bessert oder die örtlichen Verhältnisse es zulassen, ist diesen Instanzen die Möglichkeit gegeben, die Höchstbezugsdauer auf unter 32 Wochen festzusetzen. Rückwirkende Kraft hat, wie wir schon erwähnten, der Erlaß nicht. Alle, die in den Genuss der Krisenunterstützung kommen wollen, müssen nach dem 3. November 1930 aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden. Diejenigen, die beim Inkrafttreten des Erlasses schon Krisenunterstützung beziehen, haben bis zum 10. Januar 1931 Anspruch auf die Unterstühtungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen. Wenn sie an diesen Tagen ihre neue Unterstühtungshöchstdauer von 32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten haben, scheiden sie am 24. Januar 1931 aus unter der Voraussetzung, daß sie am 10. Januar 1931 nicht mehr als 36 Wochen Unterstühtung bezogen haben, und am 17. Januar 1931, wenn sie am 10. Januar 1931 mehr als 36 Wochen Unterstühtung bezogen haben. Die Höhe der Krisenunterstützung berechnet sich nach den Vorschriften über die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung einschließlich der Anrechnungsvorschriften. Für Arbeitslose, die nach § 105 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes den Lohnklassen 5 bis 11 angehören, gelten abweichend hiervon folgende Sätze:

Arbeitslose mit mindestens einem zuzchlagsberechtigten Angehörigen erhalten anstatt der Bezüge nach Lohnklasse 6 die Bezüge nach Lohnklasse 5, anstatt der Bezüge der Lohnklassen 7 und 8 die Bezüge der Lohnklasse 6 und anstatt der Bezüge der Lohnklassen 9 und 10 die Bezüge der Lohnklasse 7.

Diese Klassen gelten auch für die Berechnung der Familienzuschläge. Arbeitslose ohne zuzchlagsberechtigten Angehörigen erhalten statt der Bezüge der Lohnklasse 5 die Bezüge der Lohnklasse 4 und statt der obengenannten Unterstühtungssätze die der nächstniedrigeren Lohnklasse. Auf die Bezüge wird das Einkommen des Arbeitslosen und seiner Angehörigen angerechnet, und zwar eigenes Einkommen des Arbeitslosen in voller Höhe, soweit es in der Kalenderwoche 20 Prozent desjenigen Betrages übersteigt, den der Arbeitslose in dieser Kalenderwoche einschließlich der Familienzuschläge beziehen kann. Von dem Ein-

kommen der Angehörigen des Arbeitslosen ist der Betrag anzurechnen, mit dem das Einkommen 20 M. in der Kalenderwoche übersteigt. Der Betrag von 20 M. erhöht sich jedoch für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 M. Angehörige im Sinne dieses Erlasses sind der Ehegatte, die Eltern, Voreltern und Abstammlinge, alle, soweit sie mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben. Jede Minderung des eigenen Einkommens oder seiner Angehörigen hat der Arbeitslose ohne jede besondere Aufforderung anzuzeigen. Eine Unterlassung kann zur Folge haben, daß er die zuviel gezahlten Unterstühtungsbeträge zurückzahlen muß. Von der Anrechnung bleiben befreit Unterstühtungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, Aufwandsentschädigungen, die für Ausübung öffentlicher Ehrenämter gewährt werden, aber nur insoweit, als sie die tatsächlichen Aufwendungen nicht überschreiten, weiter die Leistungen der Wochenhilfe nach § 195 der AVO. und der Familienwochenhilfe nach § 205 a der AVO. Ebenfalls bleiben Uebergangsgrenten, die nach § 5 der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsfrankheit vom 11. Februar 1929 gewährt werden, sowie Pflegezuschläge, Führerhundzulagen und Zusatzrenten nach dem Reichsversicherungsgezet und Pflegegeld aus der Unfallversicherung nach § 558 c der AVO., ebenso die Leistungen der öffentlichen Für-

sorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht, insbesondere Leistungen der Wochenfürsorge. Soweit schon Einkommen oder Einkommensteile nach dem Gesetz der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitslosenunterstühtung angerechnet worden sind, bleiben diese bei der Berechnung der Krisenunterstühtung ebenfalls anrechnungsfrei. Wenn es eine unbillige Härte für den Arbeitslosen oder seinen Angehörigen bedeuten würde oder offenbar unwirtschaftlich wäre, darf die Verwertung von Vermögen nicht verlangt werden. Dabei ist insbesondere die Lebenshaltung des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Kleineres Vermögen, insbesondere Spargroschen, angemessener Hausrat oder ein kleines Grundstück, das der Arbeitslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt, darf bei der Bedürftigkeitsbeurteilung nicht in Betracht gezogen werden. Erträge aus Vermögen sind als Einkommen anzurechnen. Hierbei kann der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes bindende Richtlinien aufstellen.

Der Erlaß wird, soweit zu übersehen ist, eine endgültige Befriedigung nicht bringen. Die Praxis wird zeigen, daß unbillige Härten im großen Ausmaß entstehen. Wenn wir deshalb nicht mit dem Erlaß in seinen Einzelheiten einverstanden sind, so begrüßen wir ihn dennoch, weil dadurch endlich auch die Bergarbeiter der Krisenfürsorge unterstellt sind. Unser Bemühen wird dahin gehen müssen, die durch den Erlaß sich ergebenden Härten möglichst zu mildern.

Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft.

Unter diesem Titel hat Dr. Salewski in „Ruhr und Rhein“ (Sonderdruck bei Girardet, Essen) eine interessante Arbeit erscheinen lassen.

Die Sachdarstellung in dem Buch ist sehr umfangreich und sorgfältig, sie beruht natürlich zum Teil auf Schätzungen, ist aber an Hand umfangreichen Materials bis August 1930 durchgeführt. Uns interessiert besonders Bergbau und Schwerindustrie. Hier finden wir eine weitgehende Beteiligung von Auslandskapital, teils in Aktienform, teils auf dem Wege über Obligationen und Optionen (Bezugsrechte).

Beim Eschweiler Bergwerksverein befindet sich fast das gesamte Aktienkapital im Besitz der Arbed (Luxemburg). Bei Karl Alexander (Baesweiler) sind 50 Prozent in französischen Händen. Bei Carolus Magnus in Uebach (nicht Carolus Magnus in Essen) sind Franzosen, bei Sophia Jacoba in Hückelhoven Holländer die Besitzer. Friedrich Heinrich (Einfort) gehört fast ganz dem französischen de Wendel. Dahlbusch (Rothhausen) gehört von altersher der belgischen Solvaygesellschaft. De Wendel (bei Hamm) gehört wieder den de Wendels.

Die Hugo Stinnes GmbH. (Mülheim-Ruhr) ist eine Dachgesellschaft, deren sämtliche Anteile sich im Besitz der Hugo Stinnes Industries Inc. (Maryland) befinden. Amerikanische Kreise sind mit erheblicher Minorität beteiligt, der Anteil der Familie Stinnes ist unbekannt. Die Beteiligungen erstrecken sich auf die Ruhrbergwerke, zum Interessenbereich gehört eine Reihe von Kohlenhandelsgesellschaften, Reedereien, Eisen-, Berlehs- und Fischereigesellschaften.

Diergardt-Messing (Rheinhausen) räumte einem amerikanischen Bankhaus eine Option auf 1000 Ruxe von 4000 ein, die Hälfte soll abgelöst, der andere Anspruch noch nicht erhoben sein.

Harpenner Bergbau hat 20 Millionen Mark (von 110 Mill. M. Aktienkapital) nach Amerika in Option gegeben; die Gelsenkirchener Bergwerks-AG. hat 25 Mill. M. von 263 in Option nach Amerika gegeben.

Frankenholz ist in französischem Besitz, die Rattowiger Bergbau-AG. überwiegend im Besitz von Harriman bzw. Silesian Steel Co. (New York). Ebenso steht es mit der Ber. Königs- und Laurachütte, bei beiden ist auch die tschechische Firma Weinmann interessiert.

Die Hohentloherwerke sind überwiegend im Besitz der tschechischen Firma Julius Pefschel und einer polnisch-französischen Gruppe.

Die Preußengrube in Mieschowitz gehört überwiegend Ignaz Pefschel in Aufsicht, an Radzionkau und Beuthengrube soll neben der Donnersmarkgesellschaft in London auch englisches Kapital beteiligt sein.

Der deutsche Braunkohlenbergbau hängt in weitaus weitem Umfang vom ausländischen Kapital ab. Im Ostelbischen Braunkohlenyndikat herrscht Ignaz Pefschel, auch sein feindlicher Bruder Julius Pefschel ist beteiligt. Im Mitteldeutschen Braunkohlenyndikat verfügen die Brüder über eine ansehnliche Minderheit, Julius ist hier stärker als Ignaz. Obwohl diese Herren seit 20 Jahren eine Rolle im deutschen Bergbau spielen, haben sie den Sitz ihrer Firmen immer noch in der Tschechoslowakei.

Ignaz Pefschel beherrscht die Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft in Leipzig und die Deutsche Industrie-AG. in Berlin. Bei der Eintracht (Welsow) hat er die erhebliche Mehrheit, ebenso bei den Niederlausitzer Kohlenwerken und bei der Phönix-AG. (Berlin). Bei der Ilse (Senftenberg) wird er jetzt die Mehrheit haben. Beteiligt ist Ignaz Pefschel (teils mit 50 und mehr Prozent, teils unbekannt, in welcher Höhe), ferner bei Finkenheerd, Leonhard AG., Borna AG., Beutersch AG., Rükersdorfer Kohlenwerke und Hubertus bei Liblar.

Julius Pefschel hat die überwiegende Mehrheit bei den Anhaltischen Kohlenwerken, ebenso bei Werschen-Weißensels. Er ist weiter beteiligt an der Thüringischen Kohlen- und Bricketverkaufs-GmbH., der Märktischen Bricket- und Kohlenverkaufs-AG. in Berlin.

Die Grube Fürstenberg im rheinischen Revier ist im Besitz einer holländischen Gesellschaft. Glimmerode in Hessisch-Lichtenau hat angeblich eine französische Mehrheit. Von Georg (Königsau bei Acherleben) gehören die halben Ruxe den Solvaywerken, die Liblar GmbH. gehört der zum Arbed-Konzern gehörenden Felten & Guillaume Carlswerk AG.

Im Kaliberbergbau ist die fremde Beteiligung nicht sehr erheblich. Die Solvaywerke AG. (Aktienkapital 75 Mill. M.) gehören der belgischen Solvaygesellschaft, von Wintershall befinden sich 251 von 1000 Aktien im Besitz eines internationalen Konsortiums (hauptsächlich Holländer), das aber der Kalidustrie-AG. (Rassel) bis 1938 ein Vorkaufsrecht eingeräumt hat. 50 von den 100 Ruxe der Kalwerke Sollstedt gehören der International Agricultural Corporation in New York.

Im Erzbergbau ist an sich fremde Beteiligung gering. Bei einigen oberelsässischen Werken ist Harriman erheblich beteiligt, von Mansfeld sind etwa 4 Mill. M. Aktien nach Amerika gegangen.

In der Schwerindustrie ist erheblich die französische Beteiligung an verschiedenen Saarwerken, aber hier ist schon eine Rückbildung in Erscheinung getreten.

Von den 800 Mill. M. Aktienkurse der Vereinigten Stahlwerke besitzt eine holländische Gesellschaft 30 bis 40

Millionen, andere größere Aktienpakete befinden sich in Amerika. Auf etwa 53 Mill. M. sind ausländische Gesellschaften Optionsansprüche gewährt. Die Phönix-AG. gewährte ausländische Optionsansprüche auf 6,67 Mill. M. bei 205 Mill. M. Aktienkapital. Die Mitteldeutschen Stahlwerke gaben 5 Mill. M. von 50 nach Holland, die Rheinischen Stahlwerke etwa 8 bis 9 Mill. M. von 150 ins Ausland. Managmann (185 Mill. M. Aktienkapital) hängt mit einigen Millionen im Ausland, auch die Auslandsbeteiligung einer Anzahl anderer Gesellschaften ist nicht groß.

In der eisenerarbeitenden Industrie gibt es zahlreiche ausländische Beteiligungen, meist aber nur kleine Minderheiten. Von größeren Beteiligungen sind zu nennen: Miag-AG. 3 Mill. von 15, Rärger-AG. (Mehrheit), Cumuco-AG. (Mehrheit), AG. vorm. Ehrhardt & Schmer (Saar) 3,6 Mill. von 13,2. Bei den vielseitigen ausländischen Beteiligungen ist aber über das wirkliche Kräfteverhältnis nicht viel bekannt. Wenn eine im Ausland domizilierende Gesellschaft sich an deutschen Unternehmungen beteiligt, so ist damit nicht immer gesagt, daß es sich um Auslandsgeld handelt. In solchen ausländischen Gesellschaften ist vielfach deutsches Kapital beteiligt und so kann es sich oft nur um Geldverschiebungen aus verschiebenen Gründen handeln. Hirsch Kupfer sind etwa 50 Prozent nominal in Auslandsband, Cleonore AG. in Schladerm ist die Tochtergesellschaft einer amerikanischen Firma; Metallfaktor AG. ist fast vollständig in amerikanischem Besitz.

Bei der IG. Farben ist wenig über 10 Prozent ausländisches Kapital beteiligt, bei der Nobel AG. besteht erhebliche Beteiligung, auch bei vielen anderen rheinischen Werken besteht mehr oder minder große Auslandsbeteiligung.

In der Erdölindustrie und im entsprechenden Handel gibt es große ausländische Beteiligungen. Die Standard Oil Co. beherrscht die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, die Vacuum-Del-AG., zur Hälfte mit Shell die Deutsche Gasolin-AG. usw. Der Royal-Dutch-Shell-Konzern beherrscht völlig die Rheinania-Diffa. Die Dleg-GmbH. wird zu drei Viertel von der Anglo-Persian Oil Co. (London) beherrscht. Der russische Naphtharust Asneft (vermutlich rein staatlich) beherrscht die Deutsch-russische Naphthagesellschaft und die Derop. In anderen großen und kleinen Erdölgruppen ist rumänisches und amerikanisches Kapital beteiligt.

So geht die Anteilnahme ausländischen Kapitals durch fast alle deutschen Industrien, ob es sich um Elektro-, Baustoff-, Glas-, Feinmechanikwerke usw. handelt.

In der Autoindustrie ist General Motors mit etwa 80 Prozent bei Opel beteiligt, General Motors, Ford, Stutz, Chrysler, Dverland, Citroen, Mag Effer, Graham Paige usw. sind rein ausländische Firmen, bei vielen anderen Firmen erhebliche Auslandsbeteiligung.

In der Textilindustrie sind Holland und die Schweiz stark beteiligt. Oft liegen hier die Dinge sehr unklar. So sind von Vereinigte Glanzstoff 97 Prozent der Aktien im Besitz einer holländischen Gesellschaft, an deren Aktienkapital von 125 Mill. M. wieder deutsche Kreise mit fast 50 Prozent beteiligt sein sollen. Bei Bemberg dürften 25 Prozent ausländische Beteiligung sein, die Kunstseiden-AG. befindet sich in holländischem Besitz usw.

Die wertmäßige Beteiligung des Auslandes schätzt der Verfasser auf drei Milliarden Mark. Davon entfallen auf:

Table with 2 columns: Industry, Value. Rows include Steinkohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, Kaliberbergbau, Erzbergbau, Schwerindustrie, Eisen- und Metallindustrie, Chemie, Erdöl usw., Elektrotechnik, Elektrische Gewinnung u. Versorgung, Auto und Fahrzeuge, Textilindustrie, Zellstoff, Papier, Margarine, Sonstige Nahrungs- und Genußmittel, Bankgewerbe, Verkehr, Schifffahrt, Groß- und Einzelhandel, Warenhäuser.

Die geschätzte wertmäßige Beteiligung gibt aber kein richtiges Bild. Der tatsächliche Machtbereich des Auslandskapitals ist um etwa 1,2 Milliarden Mark höher zu schätzen. 500 Mill. jeh; der Verfasser ab, weil es sich äußerlich um Auslandsbeteiligungen, in Wirklichkeit aber um deutsche, im Ausland konzentrierte Interessen handelt. Ob diese Schätzung nicht zu gering ist, ist fraglich. Auch der ausländische Splitterbesitz und die bei ausländischen Investment-Gesellschaften ruhenden Beträge dürfen noch mit mindestens einer Milliarde Mark in Rechnung gestellt werden.

Die internationale Verflechtung der Wirtschaft wird durch diese Arbeit interessant beleuchtet. Neben den Nachteilen der Auslandsbeteiligung stehen natürlich auch Vorteile, vor allem das durch diese Entwicklung bedingte Auslandsinteresse am Gedeihen der deutschen Wirtschaft, an der Stabilität der deutschen Währung, was beides gerade in heutiger Zeit nicht zu unterschätzen ist.

Arbeitschulung und Wertspolitit.

Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Tagung in Frankfurt.

Am 3. und 4. Oktober fand in der Universität Frankfurt am Main eine bedeutende wertspolitische Tagung mit dem Thema: „Industrielle Arbeitschulung“ statt, die vom Sozialen Museum und dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut dieser Universität einberufen worden war. Neben zwei sehr wichtigen pädagogischen Vorträgen von Professor Botsch über: „Die Aufgaben der öffentlichen Berufsschule in der Erziehung des industriellen Nachwuchses“ und von Dr. Klingner über: „Die Pädagogik der Facharbeiterausbildung“, erhielt die Tagung ihre Höhepunkte durch die Auseinandersetzung zwischen Oberingenieur Arnold, dem Leiter des Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeitschulung), und dem Kollegen Fricke, Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule. Arnold sprach über: „Die Arbeitschulung im Rahmen des Betriebes gemäß den Grundfäden des Dinta“ und Fricke über: „Die Aufgaben und Grenzen technischer Arbeitschulung, beurteilt vom Standpunkt des Arbeitnehmers“. Daneben hielt noch der Kartellsekretär Arnold von den christlichen Gewerkschaften einen Vortrag über: „Betrieb und gewerkschaftlicher Verband als Faktoren industrieller Arbeitschulung“.

Oberingenieur Arnold stellte nach seiner üblichen Taktik auch diesmal wieder die Berufsbildungsarbeit des Dinta in den Vordergrund und ließ alle weitergehenden wertspolitischen Tendenzen, die untrennbar mit seiner Behringsausbildung verbunden sind, eben nur anklängen. Seine These: „Dintarbeit ist Ingenieurarbeit“, hat keinen anderen Zweck, als der Industrie eine erstklassige ausgebildete — im Sinne des Dinta — anständige Arbeiterschaft zu erziehen, machte die wissenschaftliche Versammlung einen sehr starken Eindruck. Die Angriffe gegen das Dinta, sie sei abhängig von scharfmacherischen Arbeitgeberorganisationen, treffen nicht zu, behauptete Arnold, da die Arbeitgeberverbände eigentlich nur die Mittler der Dintarbeit wären, seine eigentlichen Träger seien neutrale wirtschaftliche Organisationen wie — der Verein Deutscher Eisenhüttenleute und der Langnamensverein! Herr Arnold spekuliert anscheinend auf ein Unkenntnis der Versammlungsteilnehmer in wirtschaftsorganisatorischen Dingen. Schon der Verein der Deutschen Eisenhüttenleute ist längst keine neutrale technisch-wissenschaftliche Organisation mehr, der Langnamensverein ist aber eine ganz ausgesprochen scharfmacherische Interessenvertretung der westdeutschen Industrie. Arnolds Vortrag gipfelte ungefähr in der Formulierung: Das Dinta wolle nichts anderes tun, als den Menschen in den Mittelpunkt des Betriebes zu stellen, ihm seinen Platz im Betriebe zu erobern. Im deutschen Volke herrscht keine Arbeitsfreude mehr, weil dem Volke immer gepredigt werde, die Arbeit sei ein Fluch und eine Fron. Kurz und gut: Arnold trat auch hier wieder mit seinem Dinta auf als ein völlig „unpolitischer“ Ingenieur, dem es an nichts anderem läge als daran, der Industrie eine moralisch hochstehende und berufstüchtige Arbeiterschaft zu erziehen.

Nachdem in der anschließenden Diskussion verschiedene Gewerkschaftsvertreter die Bemühungen vom Standpunkt der Arbeiterschaft beleuchtet und kritisiert hatten — von unserem Verband sprachen die Kameraden Zimmer und Triem — trat am zweiten Tag Fritz Fricke den Ausführungen Arnolds in einem längeren Vortrag entgegen. Er setzte sich mit dem ersten Teil des Arnoldschen Vortrages auseinander mit der Frage: „Gewerkschaften und Berufsausbildung“. Er kam ebenfalls zu dem Schluß, hier sei ein Gebiet, auf dem Arbeiter und Unternehmer durchaus vernünftig zusammenarbeiten können. Er sagte u. a., die Fahne des Klassenkampfes entrollen die Gewerkschaften nicht gerade in Berufsausbildungsfragen, dazu hätten sie andere Gelegenheiten. Die Grenzen der Arbeitschulung verlaufen für die Gewerkschaften aber da, wo sie zu einer bestimmten, nur dem Interesse des Unternehmers dienenden Gefinnungschulung ausarten. Diese Gefinnungschulung sei das wesentlichste Kennzeichen der Arbeit des Dinta. Fricke ergänzte ein Zitat aus einer Rede Böglers auf der Gründungstagung des Dinta, das Arnold zwar gebracht hatte, aber bei dem er vorsichtigerweise die entscheidenden Worte ausließ. Böglers sagte damals, daß die Unternehmer sich in der Arbeiterfrage fest gelassen hätten, mithin — so sagte Fricke — läuft das aus dieser Tagung geborene Institut darauf hinaus, die Arbeitgeber in der Arbeiterfrage wieder stutzumachen! Arbeiterfrage und Berufsausbildung seien aber etwas wesentlich anderes. Fricke zitierte weiter Professor Dunkmann, der ebenfalls bei der Gründung des Instituts Parteistand und ganz eindeutig gesagt hat: „Der Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften ist ein Kampf einer unabänderlichen Wirtschaftsart, die man Kapitalismus nennt, gegen eine Arbeiterorganisation, die sich gegen diese Art richtet“. Und es erregte großes Aufsehen in der Versammlung, als Fricke Oberingenieur Arnold selbst zitierte, der einmal in einem Vortrag vor Bonner Studenten gesagt hat, daß die Dintazugabe Erziehung für das alte Heer sein solle, daß der Arbeiter begreifen lernen müsse, daß im Produktionsprozeß mehr gedient als verdient werden müsse.

Damit aber hatte Fricke nachgewiesen, daß die Dintarbeit keineswegs in erster Linie die Berufsausbildung der Lehrlinge und ungelerten Arbeiter zum Ziele hat, sondern eine politische und gefinnungsgemäße Beeinflussung der Arbeiterschaft im einseitigen Interesse des Unternehmers. Aber auch von der soziologischen Seite her wurde die Un Sinnigkeit dieser Erziehungsarbeit dargetan, denn sie geht aus von der Fiktion einer Wertsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Betriebsleitung, die gar nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein kann, weil sie der Struktur der gegenwärtigen Wirtschaft nicht entspricht. Heute bestimmt nicht mehr der einzelne Betrieb sein eigenes und das Geschick seiner Arbeiter. Er ist ein un selbständiger Bestandteil größerer Organisationen, der Kartelle, Syndikate und Konzerne. Er wird bis in alle Einzelheiten, ja bis in die Personalpolitik und Personalverwaltung hinein von den zentralen Konzernleitungen geregelt. Selbst eine Wertleistung, die den besten Willen hätte, mit ihren Arbeitnehmern in ein vernünftiges Verhältnis zu kommen, würde durch die Anweisungen der Konzernleitungen immer wieder gezwungen werden, Maßnahmen zu ergreifen und Handlungen zu begehen, die von den Arbeitern alles andere als „wertsgemeinschaftlich“ empfunden würden. Wenn aber keine Wertsgemeinschaft möglich ist, dann ist auch die Wertspolitit, wie das Dinta sie treibt, falsch und innerlich unwahr. Wenn man von der Gesamtheit des Dinta diese politischen

Hauptbestrebungen wegnimmt, bleibt ein Arbeits- und Berufsausbildungssystem übrig, das von dieser Seite aus bejaht werden könnte, wenn eben jener politische Hintergrund nicht vorhanden wäre. Die Grenzen, die die Arbeitnehmer der industriellen Arbeitschulung setzen, verlaufen da, wo die politische Beeinflussung im Unternehmerrinne beginnt. Diese Auseinandersetzungen zwischen Arnold und Fricke waren zweifellos das Wesentlichste an dieser Tagung. Und das Ergebnis, das auch durch die nachfolgende Diskussion bekräftigt worden ist, war, daß niemand die Feststellungen Frickes über die politischen Tendenzen des Dinta entkräften konnte. Selbst Herr Arnold mußte zugeben, daß die Zitate Frickes zuträfen. Und es zeigte sich, daß die von ungefähr 350 Personen aus allen Kreisen der Gewerkschaftsbewegung, der Geistlichkeit, der Berufsschulung und der sozialpolitischen Wissenschaft besuchte Tagung die Ausführungen Frickes fast einstimmig Beifall zollte.

Arnold hat sich jedenfalls bei dieser Gelegenheit eine Abfuhr geholt, wie er sie längst verdient, aber in seiner bisherigen Praxis noch nicht erlebt hatte. Eines ist sicher: die Frankfurter wertspolitische Tagung des Sozialen Museums und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts hat der weiten Öffentlichkeit die Augen geöffnet für die innere Unwahrhaftigkeit jener Wertspolitit, die von dem Düsseldorf-Dinta-Institut ausgeht.

Aus dem Saargebiet.

Konferenz der Knappschäftsältesten.

Am 12. Oktober fand im stattlichen Saale der Saarbrücker Arbeiterwohlfahrt in der Hohenzollernstraße eine Konferenz der Knappschäftsältesten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter statt. Die Konferenz war von sehr wichtiger Bedeutung, einmal wegen der durch die Gesetzesänderungen erforderlichen Neuregelung der Sägungen der Saarnappschafft, zum anderen wegen der geradezu schmerzigen Mühsarbeit und Zerschlagungswut der Kommunisten. Die Tagesordnung umfaßte zwei Punkte: 1. Aenderung des Saar-Knappschäftsgesetzes; 2. Neuregelung der Krankenversicherung.

Kamerad Michely eröffnete die Konferenz und hieß alle Knappschäftsältesten herzlich willkommen. Er wies auf die Bedeutung der Konferenz hin und ermahnte die Knappschäftsältesten, heute so wie früher an die sachliche Bearbeitung der Sägungsänderungen heranzutreten. Wichtig seien besonders die durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 9. Juli d. J. erforderlichen Aenderungen der Sägung, aber ebenso bedeutungsvoll seien auch die notwendigen Neuregelungen, die durch das Saar-Knappschäfts-gesetz vom 28. März d. J. erforderlich seien. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen übergab er dem Vertrauensmann bei der Saarnappschafft, dem Kameraden Hoffmann, das Wort zu seinen Ausführungen über die Aenderungen in der knappschäftlichen Pensionsversicherung.

Kamerad Hoffmann ging eingehend auf die Materie ein und verstand es durch seine klaren eindeutigen Ausführungen, Aufklärung über die einzelnen abgeänderten Bestimmungen zu geben. Er stellte ganz besonders heraus, daß es den unermüdeten Arbeiten des Verbandes und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gelungen sei, die im Gesetzentwurf vorgesehenen Verschlechterungen auf ein Minimum herabzudrücken, ebenso sei es gelungen, in der Krankenversicherung die die Versicherten belastenden Bestimmungen zu korrigieren. Selbstverständlich sei es, daß bei diesem Ergebnis von einer Zufriedenheit keine Rede sein könne, sondern daß nach wie vor unser Verband Verbesserungen auf diesem Gebiete erstreben müsse.

Kamerad Michely referierte über die neu eingeführten Bestimmungen in der Krankenversicherung und stellte fest, daß durch das Vorgehen des Verbandes manche Verschlechterungen abgewehrt worden seien. So mußten auf Grund des Vorgehens des Verbandes die Knappschäftsverwaltung und die Bergwerksdirektion ihre bereits erlassenen Verfügungen zur Durchführung der Novelle zurückziehen. Dadurch sei erreicht worden, daß nach wie vor die einschneidenden Bestimmungen der Novelle bei der Saarnappschafft nicht in Anwendung gebracht wurden. Es gelte nun, sich dafür einzusetzen, daß die in der Novelle vorgesehene Arzneikostenbeteiligung sowie die vorgezogene Ermäßigung des Hausgeldes bei Krankenhausbearbeitung der Sägung nicht einverleibt werden. Ein weiterer wichtiger Moment sei die Zahlung des Krankengeldes nach Arbeits- oder Kalendertagen. Es liegt ein Antrag der Bergverwaltung vor, der, wenn er angenommen würde, praktisch sich dahin auswirke, daß den Angehörigen der Krankenkasse das Krankengeld für Kalendertage gezahlt würde, während die Arbeitnehmermitglieder daselbst für Arbeitstage erhalten sollten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß der Verband und seine Ältesten diesen die Bergarbeiter so hart treffenden Bestimmungen nicht zustimmen würden.

In der Diskussion, an der sich zwölf Knappschäftsälteste beteiligten, kam der einmütige Wille zum Ausdruck, das Vorgehen des Verbandes aufs tatkräftigste zu unterstützen. Daneben wurden lebhaft Klagen über den Geschäftsverkehr zwischen der Saarnappschafft und den Ältesten laut. Während die Ältesten sich alle Mühe geben, um der ungeheuren Arbeit gewachsen zu sein, wird ihnen in sehr vielen Fällen auf ihre Eingaben keine Antwort zuteil. Selbst mehrere Reklamationen blieben ungehört. Daß dies dem Ältesten keine ohnein schon angehäufte Arbeit zu erschweren geeignet sei, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen. Darum wäre es angebracht, wenn die Verwaltung der Saarnappschafft in dieser Richtung etwas mehr Entgegenkommen zeigen würde.

Die Konferenz fand in nachfolgenden Entschlüssen ihren Niederschlag:

I. „Die am 12. Oktober 1930 verammelten, im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisierten Knappschäftsältesten der Saarnappschafft protestieren ganz entschieden gegen die Verschlechterung in der Krankenversicherung. Sie erwarten, daß dieselbe wieder beseitigt und ein weiterer Ausbau durchgeführt wird. Gleichzeitig wird die Regierungskommission ersucht, den Erlaß der längst fälligen Ausführungsverordnungen zur Unfall- und Knappschäftsversicherung endlich durchzuführen.“

II. „Die am 12. Oktober 1930 tagende Knappschäftsältestenkonferenz nimmt die Ausführungen der Kameraden Hoffmann und Michely zur Kenntnis. Sie erkennt die schwierige Arbeit der im Vorstand vertretenen Kameraden und der Verbandsleitung voll und ganz an. Ihrer Auffassung und den gestellten Anträgen schließt sich die Konferenz an. Sie gelobt sich, den Kampf gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen weiterzuführen. Zu diesem Zweck fordert die Konferenz die Bergarbeiter auf, den Verband zu stärken. Sie lehnt jede Zerschlagung ab und beschließt, daß sie in der Generalversammlung der Saarnappschafft nur den Anträgen, die sie gestellt und beschlossen

hat, ihre Zustimmung geben kann. Die bereits gestellten und noch zu stellenden Anträge erkennt die Konferenz als ihre Anträge an, für deren Durchführung sie sich in der Generalversammlung einlegen wird.“

Kamerad Hoffmann ging im Schlußwort auf die aufgeworfenen Fragen ein und konnte sie zu aller Zufriedenheit beantworten. Noch einmal wies er die unberechtigt erhobenen Angriffe gegen den Verband der Bergbauindustriearbeiter ganz entschieden zurück und konnte nachweisen, daß es gerade der unermüdeten Arbeit der Organisation gelungen sei, die in der Novelle vorgezogene Verschlechterung abzuwehren, während die Angreifer, darunter vornehmlich die Kommunisten, sich nur aufs Schimpfen und Verleumdungen verließen, ohne den Versicherten auch nur den geringsten Erfolg gebracht zu haben.

Nach einem kurzen Schlußwort des Kameraden Michely, der noch einmal darauf hinwies, daß nur Einigkeit und praktische Zusammenwirken der Arbeiterschaft auf Erfolg sein könne, konnte derselbe die vorbildlich verlaufene Knappschäftsältestenkonferenz schließen.

Aus dem Bezirk Lugau.

Funktionärkonferenz in Neudölnitz.

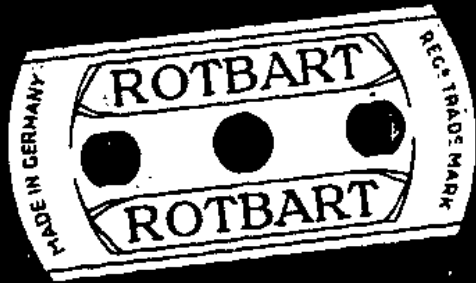
Am 17. Oktober fand in Neudölnitz eine gutbesuchte Konferenz unserer Funktionäre statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach der Bezirksleiter Uhlmann. Wir entnehmen seinen Ausführungen: Die Löhne im sächsischen Steinkohlenbergbau sind innerhalb des letzten Jahres um rund 2 Prozent zurückgegangen, während die Leistung um 5 Prozent gestiegen ist. Die aufgehäuften Kohlenhaufen legen Zeugnis ab von den bestehenden Absatzschwierigkeiten. An Feiertagen sind im Revier vom Februar bis September von den einzelnen Betriebsabteilungen eingelegt worden: Pluto-Merkur in Bersdorf insgesamt 23 Tage, Vereinigtfeld in Hohndorf 14 Tage, Deutschland in Dölnitz 20 Tage, Vereinigtglück in Dölnitz 20 Tage, August-Gotteshoff in Neudölnitz 17 Tage, Vertrauensschicht in Lugau 13 Tage. Im November 1929 waren noch im Revier auf dem Deutschlandkonzern 607 und auf dem Gottessegelkonzern 460 ausländische Bergarbeiter beschäftigt. Ende September sind insgesamt 1019 Mann abgebaut worden. Auf Deutschland blieben noch 19 und auf Gottessegel 29 Mann. Die Frage der Ausländerausweisung ist eine Tragödie für sich, ganz gleich, in welchem Lande sie sich abspielt. Trotz Häufung der Kohlen im Vorrat, trotz Feiertagen und Ausländerentlassung machen sich weitere Entlassungen erforderlich. Der Gottessegelkonzern hat Antrag auf weiterer teilweiser Stilllegung von Betriebsabteilungen eingereicht. Die darüber stattgefundenen Verhandlungen zwischen Bergamt, Werksverwaltung, Betriebsvertretung und Bergarbeiterverband haben zu keiner Einigung geführt. Alle von der Organisation und der Betriebsvertretung gemachten Vorschläge, die Entlassungen zur Zeit nicht durchzuführen, fanden leider auch beim Bergamt nicht die gewünschte Unterstützung. Beseitigung der Sonntags-, Ueber- und Nebenschichten, Einführung der Fünftagewoche sowie Inangriffnahme von Abbrucharbeiten der bis jetzt stillgelegten Werke wurde vorgeschlagen. Nicht die bis jetzt noch produktiven Arbeitskräfte sollten entlassen werden, sondern es müßten vor allen Dingen die zum Teil vollständig überflüssigen oberen Beamten abgebaut werden. Würde die Frage der Arbeiterentlassungen in diesem Sinne gelöst, brauchte das schon vorhandene Heer der Arbeitslosen nicht wieder um Hunderte vermehrt zu werden und es würde auch eine Senkung der Gestehungskosten erzielt werden. Wir haben wenig Hoffnung, daß unsere Forderungen vom Bergamt unterstützt und von der sächsischen Regierung die erforderliche Beachtung finden werden. Die bestehende Wirtschaftskrise soll eben restlos auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden. Durch Abgabe eines falschen Stimmzettels bei der Reichstagswahl hat so mancher Arbeiter diesen Bestrebungen Vorschub geleistet.

In der Umsiedlerwohnungsfrage steht heute fest, trotzdem „Der Kämpfer“ und „Die rote Grubenlampe“ immer das Gegenteil behauptet haben und es dabei an Beschimpfungen gegen die Bezirksleitung nicht fehlen ließen, daß 50 Wohnungen beinahe bezugsfertig und weitere 52 Wohnungen im Bau begriffen sind. Wir registrieren dieses hiermit der Ordnung halber und stellen fest, daß die RPD. mit ihrem hysterischen Geschrei zu diesem Erfolg nichts beigetragen hat. Die Beschaffung der Mittel und Grundstücke zur Erstellung dieser 102 Wohnungen hat ziemlich harten Kampf gekostet. Hoffen wir, daß die Befehung dieser Wohnungen sich reibungslos vollzieht. Anwärter hierzu, und zwar von auswärts zugezogene Bergarbeiter, sind in reichlichem Ueberfluß vorhanden.

Darauf folgte ein vom Genossen Dr. Glaser (Chemnitz) gehaltenen Vortrag über Rußland. Dr. Glaser darf zweifellos als vorzüglicher Kenner Rußlands und seiner Verhältnisse angesehen werden. Friede, Brot und Freiheit war 1917 die Parole der russischen Arbeiterschaft, Einführung des Sozialismus oder Kommunismus das Ziel. Heute nach 13 Jahren darf an Hand der vorhandenen Tatsachen behauptet werden, daß für die russischen Bauern und Arbeiter von diesem gesteckten Ziel recht wenig erreicht wurde. Trotzdem sich die kleine Schicht der bisherigen Machthaber in Rußland immer den „stärkeren Verhältnissen“ wieder angepaßt und sich wiederholt um ihre eigene Achse gedreht hat, verschwindet das gesteckte Ziel in weiter Ferne. Die überfüllten Gefängnisse und die wieder eingeführte Brotkarte mit ihren Begleitercheinungen legen Zeugnis ab vom russischen Paradies. Der Dreh der russischen Machthaber geht so überraschend schnell, daß die deutschen kommunistischen Lakaien überhaupt nicht mehr mitkommen. Rußland hat jedenfalls gezeigt, daß es als ein ungeheuer ausgedehntes Land ohne die erforderlichen Verkehrseinrichtungen und mit einer Bevölkerung, die zu 55 Prozent aus Bauern zusammengesetzt ist und zum großen Teil weder lesen noch schreiben kann, den Sozialismus oder Kommunismus durch Dekrete nicht einführen kann. Lassen wir die Russen in ihrem eigenen Lande ruhig weiter experimentieren. Wir müssen uns aber mit allen Kräften dagegen wehren, daß diese Experimente auf Deutschland ausgedehnt werden, da sie sonst ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft bedeuten würden. Die klar verständlichen Ausführungen des Vortragenden fanden einmütigen Beifall. Es folgte noch eine kurze sachliche Aussprache über diesen Vortrag.

Die 44. Beitragswoche
läuft vom 26. Okt. bis 1. Nov. 1930
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Gut rasiert,
gut gelaunt-
jeder freut sich,
jeder staunt.



ROTBART
MOND-EXTRA

Roth-Büchner A.-G., Spezialfabrik für Rasierapparate und Rasierklingen, Berlin-Tempelhof B.E.

Die Lindcar-Nähmaschine

Ist der neue Artikel, der einem langgehegten Wunsche unserer Gewerkschaftskolleginnen entspricht. Es handelt sich bei der Lindcar-Nähmaschine um ein ganz erstklassiges Fabrikat, ausgerüstet mit dem modernen Zentralspulenystem. Die Maschine näht vor- und rückwärts und ist außerdem mit einem mechanischen Transporter verjenter ausgerüstet.

Ebenso wie die besteingeführten und beliebten Lindcar-Fahrräder werden auch die Lindcar-Nähmaschinen zu den niedrigsten Wochenraten an die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen abgegeben. Das Unternehmen der freien Gewerkschaften bleibt damit seinem alten Grundsatz treu, die Anschaffungsmöglichkeiten so wichtiger Gegenstände, wie das Fahrrad und jetzt auch die Nähmaschine, so bequem wie möglich zu gestalten. Sparen ist die Parole unserer Zeit und es kann nicht besser gespart werden, als auf diesem Wege.

Sparen heißt: das wöchentliche Fahrgeld für den Kauf eines Lindcar-Fahrrades zu verwenden. Sparen heißt: gegen niedrigste Wochenraten eine Lindcar-Nähmaschine zu beschaffen. Was kann die Hausfrau nicht alles mit einer Nähmaschine vollbringen! Sie macht die Hausfrau unabhängig von manch kostspieligem Kauf fertiger Kleidungsstücke.

Lindcar-Filialen werden unterhalten in Berlin SW. 68, Dranienstr. 127; Berlin SW. 19, Alte Jacobstr. 143 (Metallarbeiterverband); Bochum, Kottstr. 27; Braunschweig, Schoppenstedter Str. 3-4; Bremen, Nordstr. 45; Breslau, Feldstr. 24; Dortmund, Hanfstr. 3; Dresden, Rixenbergstr. 6; Düsseldorf, Wallstr. 27; Duisburg, Gr. Kalkhof 6; Erfurt, Johannesstr. 55; Essen, Stoppenerberger Str. 10; Frankfurt a. M., Gr. Friedberger Str. 19; Hamburg, Nagelweg 16-18; Hannover, Keller Str. 156; Kiel, Holtenstr. 106-108; Köln-Deutz, Gitorfer Str. 1; Königsberg i. Pr., Vorderroßgarten 31; Leipzig, Zeiger Str. 32; Magdeburg, Schöneekstraße; Mainz, Große Bleiche 53; München, Pestalozzi Str. 40-42; Nürnberg, Breite Gasse 81; Stuttgart, Gymnasiumstr. 39; Wiesbaden, Yorkstr. 9; Wegejad, Lindenstr. 12-14.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Zehn Jahre Freigewerkschaftliches Seminar Köln a. Rh. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 94 Seiten, Berlin 1930. Preis kartoniert 2,20 M. Organisationspreis 1,50 M.

„Sitten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“ heißt eine Schriftenreihe des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die soeben mit dem Heft 1 erscheint. Dieses Heft ist eine Jubiläumsschrift anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Freigewerkschaftlichen Seminars in Köln a. Rh. In ihr werden Aufbau, Arbeit und weitere Ziele der von den örtlichen freien Gewerkschaften Kölns ins Leben gerufenen Bildungsstätte ausführlich behandelt. Es wird ausführlich geschildert, welche Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterbildung geleistet wurde und noch zu leisten ist. Alle näher und ferner Beteiligten an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sowie auch allgemein sozialpädagogisch interessierte Kreise werden aus den zehnjährigen Erfahrungen des Kölner Arbeiterseminars lernen können.

„Die Handelshochschule.“ Wenn wir heute wiederum die „Handelshochschule“ aufgreifen, so deshalb, weil viele unserer Leser für den uns soeben bekanntgewordenen Studienstoff der vergangenen zwei Monate sich interessieren werden: „Bücher- und Bilanzrevision“ von Professor Ziegler, Rektor der Hochschule für Welthandel in Wien (S. 59), und „Gesellschaftsrecht“ von Dr. Klauing, ordentlichem Professor an der Universität Frankfurt a. M. (S. 60), fanden ihre laufende Weiterbehandlung, während die sich auf 1 1/2 Monate erstreckte Behandlung der „Volkswirtschaftspolitik“ von Dr. Schaad, Professor an der Handelshochschule in Königsberg (S. 58 und 61), nun beendet worden ist. Der Industrieverlag Spaeth u. Lind, Berlin W 10, Genthiner Straße 42, gibt gegen Vorauszahlung der Portokosten von 15 Pf. an Interessenten ausführlichen Prospekt und eine interessante Probelerziehung unverbindlich und kostenlos ab.

Wurr-Vigener: Hilfsbuch für Maschinisten und Heizer. Ein Nachschlagewerk für jeden Berufsgenossen. Zwölfte, verbesserte Auflage mit 258 Abbildungen. Preis in Ganzleinen 6,80 M. Verlag Hachmeister u. Thal, Leipzig, 1930.

Wie schon seit 25 Jahren, soll auch die neue Auflage dieses Hilfsbuches vorzüglich dem Stand der Maschinisten und Heizer bei der Ausübung ihrer Berufstätigkeit die nötige Unterfertigung bieten. Aus diesem Grunde ist besonders Wert darauf gelegt worden, den umfangreichen Inhalt verständlich zu machen. Der gesamte Inhalt ist so angefaßt worden, daß sich das Buch gleichermaßen für die Praxis wie zum Lehrbetrieb in den Fachschulen eignet.

20 Jahre Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung. Von Felix Weidler. Herausgegeben vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. 2 Bände, 850 Seiten, Preis 8 M.

Das auch buchtechnisch ganz vorzüglich ausgestattete Werk (Auerdruck, Hamburg) gehört auf den Büchertisch eines jeden organisierten Bäckers und Konditoren. Es sollte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, denn hier wird nicht nur der wirtschaftliche Aufstieg einer unter den traurigsten Verhältnissen dahinsiegender Arbeitergruppe dargestellt, sondern auch geschildert, wie dennoch in jähem Ringen der Weg zu jonnigeren Höhen beschritten werden konnte.

Alle Zuschriften unserer Mitglieder an die Redaktion, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen sein. Einwendungen ohne Zahlstellenstempel wandern in den Papierkorb. Die Redaktion.

Schluß des redaktionellen Teils.

Für Kinderaugen ist die bunte Pracht des Glas-Christbaumstammes. Wer seinen Kleinen auch in diesem Jahr den herrlich ausgeschmückten Weihnachtsbaum beschenken will, verjäume nicht, sich den schön ausgestatteten Katalog der Firma Theodor Müller-Hipper, Laucha (Thüringen), kostenlos schicken zu lassen. Ein Versuch überzeugt. Lesen Sie die Anzeige in der vorliegenden Nummer.

Ein offenes Wort an alle... Herrnhuter... Vorbeugen... Honig... Gummi... Rechtsliche Fragen klärt das Gesetz... Bezieht unsere Organisationsausgaben H. Hansmann & Co., Bochum

Nach 8 Jahren Lungen- und Kehlkopfleiden wie neugeboren!!... 100 Fett... 50 Roll... Rettung! Hilfe! Bei Asthma... Musikinstrumente... Honig... Bettnässen... Plauenmusus... Bettnässen... Bettnässen... Laubsägerei

Alles staunt über Ausführung, Klangfülle und Preis. Hochseiner Elektro-Sprech-Apparat... Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Deitzsch 79

Unter Tage
ist ein guter Begleiter
der witzige und billige

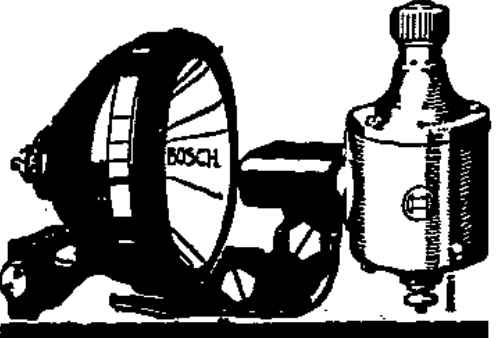
GEG

Kautabak
aus reinem Kentucky
mit feinsten Zutaten
In Rollen, Stangen, Kündchen
oder Hufeisen
aus dem Konsumverein

ES WAR EINMAL EIN RADFAHRER

der sich jahrelang mit Öl- und Karbidlampen herumquälte und dazu noch eine Menge Geld für Betriebsstoff, Reparaturen und Zündhütchen vergebte. Nachfahren waren für ihn höchst unangenehm. Heute hat er elektrisches Licht, das ihm keinen Ärger verursacht und das ihn nichts kostet. Nachfahren unterrichtet er jetzt im Gefühl voller Sicherheit, der BOSCH-Scheinwerfer löst alle Hindernisse rechtzeitig erkennen. Ja, selbst bei Regen und Sturm leuchtet unverändert stark und nie verlöschend das elektrische

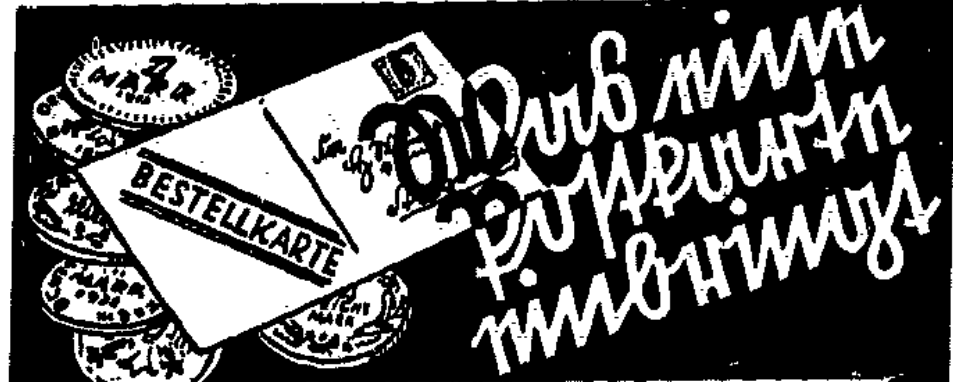
RADLICHT VON



BOSCH

Preis ohne Batterie RM. 15.—
In allen guten Fachgeschäften zu haben.
Robert Bosch AG., Stuttgart.

Käse billiger direkt ab
Fabrik
Hot. Käse (Broiform) 9 Pfd. 2.60
Edamer Art (1/2 fett) 9 Pfd. 4.80
Tilsiter Art (1/2 fett) 9 Pfd. 6.00
Mollkaser Art (1/2 fett) 9 Pfd. 7.40
Tilsiter Art (Block vollfett) 9 Pfd. 8.80
Nachh. Porto und Verp. 1 Mk. extra.
O. Damke, Käsefabr. Hamburg 15 B 56.



Dob nimmt
Papierarbeiten
an

erfahren Sie, wenn Sie von nachstehendem Ausnahmangebot Gebrauch machen. Bestellen Sie sofort, Sie werden beglückter Kunde von uns werden.

Nr.	Bezeichnung	Größe	Preis
1	Vorbangstoff, leicht, mit rohrartigen Streifen	65 cm	10 Pfg.
2	Gardinenstoff, mit indanthrenfarbigen Streifen	65 " "	15 " "
3	Robkretonne, kräftig, la Material	78 " "	85 " "
4	Hemdenstoff, reinweiß, leinlädige gute Qualität	80 " "	85 " "
5	Hemdenstoff, allerbeste Renford	80 " "	85 " "
6	Makotuch, reinweiß, feine gute Qualität	80 " "	85 " "
7	Finele, reinweiß, einseitig geraut	75 " "	85 " "
8	Linon, starkkälig und dauerhaft, für Kissen	80 " "	85 " "
9	Linon, starkkälig, für Bettwäsche	180 " "	85 " "
10	Linon, starkkälig, für Einschlagtücher	180 " "	115 " "
11	Blumendamast, allerbeste mercerisierte Qualität	80 " "	95 " "
12	Blumendamast, allerbeste mercerisierte Qualität	130 " "	105 " "
13	Bettkörper, echt indanthrenrot, mit weißen Streifen	88 " "	105 " "
14	Bettkörper, echt indanthrenrot, mit weißen Streifen	124 " "	181 " "
15	Handtuchstoff, rohweiß Gerstenkorn, mit roter Kante	38 " "	22 " "
16	Damast-Handtuch, reinweiß, sehr kräftig	46/100 " "	89 " "
17	Hemdenflanell, mit indanthrenstreifen	70 " "	85 " "
18	Kleider- und Blusenflanell, feine Velourqualität	70 " "	75 " "
19	Bettuchflanell, rohweiß geköpft, doppelseitig geraut	150 " "	185 " "
20	1 komplette Garnitur Bettwäsche, 1 Kissen 80x80 cm bestickt mit Kunstseide, 1 Kissen 80x80 cm glatt, 1 Bezug 180x200 cm		750 " "

Der Versand erfolgt nur gegen Nachnahme von RM 10.- an, ab RM 20.- portofrei. Mengenabgabe vorbehalten. Preisliste Nr. 27 und Muster von allen Meterwaren stehen kostenlos und unverbindlich zur Verfügung, damit sich Jedermann von Kauf von der Güte unserer Qualitäten überzeugen kann. Obwohl wir nur wirkliche Qualitätsware liefern, tauschen wir Nicht-gefallendes anstandslos um oder bezahlen den vollen Betrag zurück.

HERMANN WUNDISCH & CO. AUGSBURG A 62
Mech. Weberei und Wäschefabrik.

Bandonika Mk. 16.-
21 Tasten, 4 Bässe, 62 Stahlstimmen, Größe 21 x 21 cm. Doppelbalg, 14 fällig, Erlererschule gratis.
Dieselbe 2chörig Oktav, 8 Bässe, 124 Stahlstimmen — Mk. 25.00

Nr. 16 Mk. 13.-
Herrlicher Klang, ohne Haube und Türen, 31x31x25 cm, starkes Federwerk für 30-cm-Platten, gute Schallhöhe.
Nr. 40 wie Abbildung — Mk. 28.00
42x42x31 cm, Elektro-Schalldose, Werk 5 Minuten Laufzeit. — Hauptkatalog gratis.

H. Suhr Musikinstrum.-Neuenrade 13
Fabrik

PREISABBAU - Neue Gänsefedern
Mit Daunen, doppelt gereinigt Pfd. 2.50 und 3.- M., nur kl. Federn (Halbdaunen) Pfd. 4.50 u. 5.-, 7/8-Daunen Pfd. 6.- u. 6.50, handgeriss. Federn 4.- bis allerfeinste 6.50, Volldaunen (herri. lödend) Pfd. 9.- u. 10.-. Nur beste gewaschene und entstaubte Ware in ihrem Interesse **Gratia-Muster verlangen!** Nachnahmensendung ab 5 Pfd. portofrei. Kein Risiko. Nichtgefallend Rücknahme. — **Ernst Weinberg, Neutrebblin.**
Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Bevor Sie wo anders laufen,
lassen Sie sich kostenlos den Katalog über billige Schuhe, Damenleider, Stoffe, Wägen, Waren aller Art, Spielzeug und 3000 andere raumfüllende billige Waren kommen. — Schreiben Sie gleich an **M. Grohmann, München 50/58**
Größtes Versandhaus in München; jährl. über 200 000 Pakete

Gummiwaren
hygienische Artikel. Verli. Sie illust. Preis. gratis. **Elle-Versand Berlin 158**

Simultur-Lesung ab Fabrik bes. Spezialversand geschäft **unbillig!**

Jährlich ca. 100000 zufriedene Kunden - 200000 Dankschreiben bezeugen unsere Leistungsfähigkeit.

Versand direkt an Private!
Aufträge u. Mk. 10.- an portofrei.

Verlangen Sie sofort unsern neuesten Hauptkatalog.
Sie werden staunen über die große Auswahl und Billigkeit. **Zusendung erfolgt kostenfrei!**
Wollen Sie bei Interesse für Sprechapparate Liste, B. Schallplatten 25 cm u. 16 cm, dram. Harmonikas, E-Ziehharmonikas u. Mk. 4.75 anfordern.
Größtes Musikinstrumenten-Versandgeschäft Deutschlands.

Meinel & Herold, Klingenthal Nr. 146
Musikinstrumente - Sprechapparate - und Harmonikafabrik
Günstige Referenzierungen.

Violinen u. Mk. 5.00 an
Mandolinen u. Mk. 7.00 an
Gitarren u. Mk. 8.75 an
Banjos 13.00 an
Clarinetten u. Mk. 8.00 an
Große Flöten 6.50 an
Signalhörner 2.75 an
Trompeten 28.75 an
Bandoneons 48.00 an
Fianharmonikas 34 Tasten 90.00 an
Saxophone 1^o Qual. u. Mk. 146.00 an
Jazzschlagzeuge 7.25 an
Sprechapparate compl. u. Mk. 16.00 an
Schallplatten 25 cm u. 16 cm 1.60 an
Ziehharmonikas u. Mk. 4.75 an
Plattensverzeichnisse kostenlos

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!
Vertrauliches, best-reelles christliches Haus!

1 Pfund große Gänsefedern Mk. 0.80 u. 1.-, halbmilchige Gänsefedern Mk. 1.20, weiße, Raunige Mk. 2.-, 2.50 und 3.-, Herrschafts-Gänsefedern Mk. 5.- und 5.75, ungegüllte weiße, feine Gänsefedern Mk. 4.-, 5.- und 5.75, weiße Mk. 7.-, hochfeine Mk. 10.-, verzierte gegen Nachnahme, jährl. von 10 Pfund an gratis.
Wenzel Fremuth, Deschenitz 138 Böhmen.

Ziehung 11.-18. Nov.
Volkswohl-Lotterie
61100 Gewinne und Hauptgew. 2 Fr. = RM. **465000**
150000
100000
75000
50000

Einzellose à 10 Rm.
Doppellose à 20 Rm.
Porto u. Liste 40 Pfg. extra empf. u. vers. auch geg. Briefmarken u. Nachn.
EMIL STILLER Bankhaus Hamburg 5, Holzdamm 39
Postcheck 2016

in herrlicherster Märchenpracht erstrahlt Ihr Weihnachtsbaum mit meinem

Glas-Christbaum-Schmuck
Karton à 12 Stck. schon von 32 Pfg. an. Bevor Sie sich zu einem Kauf entschließen, verlangen Sie erst den allerersten mit größter Spannung erwarteten Preisverzeichnisses 1930 kostenlos von

Theodor Müller-Hipper, Lauscha (Thüringer Wald) Nr. 68.

Großer Werbe-Verkauf!
Wenn Sie eine gute, elegante Uhr wünschen, so bestellen Sie die vorzügliche **Präzisionsuhr** für nur 18.15. Jede Form, verstellbare Weiler. 1 Jahr Garantie. Betrag kann in

4 Monatsraten bezahlt werden. **Reine** Wasser- und feuerfeste Ausführung. Bei Nichtgefallen Rückzahlung innerhalb 3 Tagen.

G. Mücke, Frankfurt a. Oder 15, Köhlerstr. 95.

Sport-Beruf-Kaufhaus

Heeresgut
Behördenwaren usw., gut erhalten
Mil.-Kopftuch (Woll, neu) 0.90 0.35
Mil.-Fingerhandsch. (neu) 0.80 0.48
Mil.-Faschhandschuhe (neu) 0.90 0.35
Mil.-Krimmerpudel, schwarz 0.60
Mil.-Trikotunterhos., sehr haltb. 0.58
Mil.-Manteljacke u. Hos. Dreif. 2.35
Mil.-Manteljacke, lang, feldgr. u. schw. 3.90
Mil.-Tuch-Breeches u. Stiefelhose 2.35
Mil.-Reithos., m. groß. Besatz, feldgr. 6.85
Waffenrock, feldgr., groß 9.80, klein 3.65
Mil.-Tuchmantel, feldgr., groß 8.20, 6.80
Kav.-Tuchmantel, feldgr., groß 2.90
Baumwollmantel, dunkel Tuch 8.75
Baumwolljoppe, Tuch 7.40, 4.80
Winterjoppe, maroquin, pa. Tuch 9.90
Mil.-Schlafsack, reine Woll 1.45
Mil.-Baumwolljoppe, pa. Tuch 7.80
Mil.-Palerin, Zeitbahnstoff 4.60
Mil.-Wickelgamaschen (neu) 1.45 0.48
Mil.-Schürzhose, neu, Leder 5.90
Mil.-Schürzhose, pa. Sohle 3.20
Mil.-Gabelgarnschürzhose, neu, Leder 7.30
Inf.-Schaffstiefel (Neusohle) 11.05 6.90
Kavalleriestiefel (Neusohle) 13.90 8.75
Wachposten-Feldschuhe 5.70 3.90
Eisenbahn-Feldschuhe 4.70 3.20
Mil.-Schlaf-, Pferdedecken 1.90 1.30
Kav.-Wollsch. weiß, Wolle 3.80
Mil.-Bettwäsche, blau-weiß, Leinen 2.30
Mil.-Kopfkissenbezüge, blau-weiß 0.60
Mil.-Strohsäcke, 90x200 3.75

Neufabrikate, teilw. Heeresgut
Ohrschütz. 0.30 Putzwärm. 0.20
Kniewärmer 0.80 Wollschals 0.90
Socken, wollstark 0.97, 0.75, 0.47
Mil.-Körperunterhosen, dauerhaft 1.95
Mil.-Trikotunterhosen, haltbar 1.40
Hemden, Unterhosen, warm, je 1.95
Mil.-Schlafsack, reine Woll 3.20
Mil.-Schlafsack, m. Agromat 2.80
Mil.-Manteljacken, feste Ware 1.95
Mil.-Schlaf-, Pferdedecken, groß 4.30
Arbeitsch. lang, engl. Leder 4.80
Hosen, lang, feldgr., Tuch 9.80, 7.90
Manchesterhosen, braun, grau, oliv 7.85
Tuchbreeches, feldgr., pa. Quai. 8.70
Mil.-Art Schlafsack, 9.40, 8.60
Inf.-Schaffstiefel, Rindvleder 15.85

Fordart Preisliste 109: Schuhwerk, Berufs-, Leder-, Watterschutzkleidung, Pferdegeschirre, Nachnahmeversand, kein Risiko, Umtausch gestattet. Tögl. Dankschreiben. Ab Rm. 20.- portofrei.

Deutsche Lederwarenfabrikation
Berlin 207 Rosenthaler Str. 38
Größtes Detailvertriebshaus Deutschlands dies. Art. 14 Filial., 36 Läger.

Eig. große Werkstätten

Ha, ha, ha,
ich habe mir schiden lassen:
"Das Buch, Tollen" die besten und leichtesten

EMIL STILLER Bankhaus Hamburg 5, Holzdamm 39
Postcheck 2016

Rockhacker-Kerd
der sich glänzend bewährt.
Zu haben in allen besseren Fachgeschäften.

Kauft nur den
Rockhacker-Kerd
der sich glänzend bewährt.
Zu haben in allen besseren Fachgeschäften.

Hiengfong-Essenz
acht Thüringer à Dtz. M. 4.-, 3 Dtz. frank Mk. 12.-, Karmellortgeist Dtz. M. 4.80 ab hier.
Labor. C. I. Tr. Fischer, Langwiesens i. T. 2

Neue Gänsefedern!
mit Daunen Pfd. 3.-, jebr. gereinigt 3.50, kl. Federn (Halbdaunen) 5.-, weiße Edel- 7/8-Daunen 6.- u. 6.50, die Voll-daunen 9.- u. 10.-, Geriffene Federn u. Daunen 3.50 u. 4.-, bessere 5.75, pa. Daunenfedern 12.75. Für reelle haubte. Ware Garantie. Versand gegen Nachn. von 5 Pfd. an portofrei. Nehme Stichtage, auf meine Kosten jährl. **Helene Stellich, Bettfedern-Wäscherei und Reinigungsanstalt, Neutrebblin 19 (Oderbruch) Wriezenstr. Str. 45a**

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 2,90
Nr. 3 Syster-Anf.-Uhrvermeid. 2.90
Nr. 4 verfilb. m. Goldr. Schenk. 3.80
Nr. 5 m. bell. Vert. d. Hand. Form. 4.50
Nr. 6 Spungbedeutung, vergröß. 8.50
Nr. 7 2. Station. gutes Werk. 8.50
Nr. 8 Armabanduhr in demselben 8.50
Nr. 81 Dam.-Arm.-Uhr, verg. 7.-
Hilfsetzte Nr. 0.30, Doppelfest. g. vergröß. 2.30, Nr. 1.20, Kapitel 0.25

Jede Uhr hat ein 33-36 jähriges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme. **Ernst Weinberg** Katalog gem. gratis. **Ernst Weinberg, Neutrebblin 19** 33 Jahresgarantie ca. 15 000 Uhren nach allen Rändern der Welt

3 Pfund geräucherte Schweinsköpfe
mit dicker Backe 5.75
9 Pfd. Schweinefleisch 3.50
9 Pfd. Schweinefleisch (Geriffel-) 3.50
9 Pfd. Schinken, Mittel 14.75
9 Pfd. handleberrert 7.65
9 Pfd. Rotfleisch (Blut) 17.20

Käse, billiger
9 Pfd. rote Kugel 3.95
9 Pfd. Gumburger 6.30
9 Pfd. Tilsiter (dellik) 7.90
9 Pfd. Edamer (hochl.) 7.90
9 Pfd. dän. Schweizer (mild) 9.45
200 Stück Harzer 3.95
ab Nordost - Nachnahme.
CARL RAMM, NORTORF (Holst.) 50

Bergarbeiter-Taschentaler für 1931
Bestellungen erlösen schon jetzt
H. Hansmann & Co., Bochum
Wiemerhäuser Straße 35-42

Schenkt
WACHT Korb Möbel
Niedr. Preise. Direkt ab Fabrik frk. Lieferung. 12 Monatsraten. Katalog Nr. 654 gratis. **Ernst Weinberg** Oberlangenstadt 1414 Lichtenfels-Land

Liste frei!
Kastenwagen
Untergestell pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft **25 Mark franko.**
Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.)

Seit 75 Jahren
3 Mart
beliebte ich Berufs- u. Vereinsmusiker mit erstklass. Instrumenten u. Saiten. Werden auch Sie mein Kunde. Katalog frei. Teilzahlungen. **G. A. Wunderlich, Siebenbrunn (Vgl.) 52**

Aus unserem neuen Gratis-Katalog:
Damen-Schuhe
Eck od. schwarz Leder, hohe u. niedere Abfüße, Gr. 36/41 **5.90**
Diese hunderte ebenso billige Schuhe finden Sie in unserem Prachtatlas. Verlangen Sie kostenlose Zuführung!

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft
München K 54 m. B. H. Rosenstr. 11

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gut füllende Sorten.
1 Kilo große gefüllene, Gm. 3.-, halbmilchige 4.-, weiße 5.-, bessere 6.-, 7.-, damenweiße 8.-, 10.-, beste Sorte 12.-, 14.- Gm.
Ungefüllte Kappfedern Gm. 7.50, bessere Gm. 9.50, beste Sorte 11 Gm.

Verband vorsteuert, jährl. gegen Nachnahme. **Wenzel Fremuth, Deschenitz 138 Böhmen.**

Risikieren Sie 3 Mart
Alles zusammen portof. u. verpackungsfrei nur **RM. 3.-**
Wenn Sie diese Annonce ausschneiden und heute absenden, haben Sie in 3 Tagen das Paket und können sich selbst überzeugen, wie groß die Geldersparnis und der Vorteil ist, sich seinen Rauchtabak direkt aus der **Rauchtabakfabrik E. Köller, Bruchsal in Baden**, zu beschaffen.

Ich liefere Ihnen dafür:
1/2 Pfd. Grobchenpapier Mk. 0.24
1/2 " Landmanustabak " 0.25
1/2 " Roth und Roth " 0.45
1/2 " Weltkrönchen " 0.45
1/2 " Spartanafter " 0.34
1/2 " Wolfenformer " 0.34
1/2 " Föckertabak " 0.49
1 Sortiment A (5 Zigaretten) 0.45
à 7/8, 7/8, 5/8 u. 1/2 Pfd.
1 reichill. Hauptkatalog
1 hübsch. Weltkrönchen-Kalender



HAUS NEUERBURG-ZIGARETTEN
sind **STAUBFREI**

Ein ganzes System von Absauge-Vorrichtungen und Staub-Filtern hat dem edlen Macedonentabak, den wir für unsere Zigaretten verarbeiten, jeden Staub entzogen. Deshalb schmeckt unsere

5 Pf. OVERSTOLZ 5 Pf.
niemals bitter.

Responsible for the content: Peter Zimmer, Bochum — Druck von H. Hansmann & Co., Bochum